

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Doris Cornelsen

Die Wirtschaft der DDR 1981–1985  
Bilanz des Fünfjahrplans

Raymond Bentley

Technologischer Wandel in der Industrie  
der DDR 1945–1985

Adam Gwiazda

Das Währungssystem der RGW-Länder

B 4/86  
25. Januar 1986

Doris Cornelsen, Dr. rer. pol., geb. 1933; seit 1974 Leiter der Abteilung DDR und östliche Industrieländer im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West).

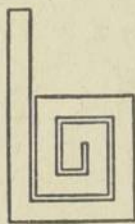
Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Horst Lambrecht/Manfred Melzer/Cord Schwartau) Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR, 1983; Probleme der Westverschuldung der DDR, 1984; (zusammen mit Manfred Melzer/Angela Scherzinger) DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, 1984; Der Außenhandel der DDR und der Sowjetunion, 1985; (Projektleitung) Handbuch DDR-Wirtschaft, 1985.

Raymond Bentley, Dr. phil., B. Sc. (Hons), M. Sc., geb. 1949; Studium der Mathematik und Physik an der Universität Wales; postgraduierte Studien der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Dimensionen von Naturwissenschaft und Technologie an der Universität Sussex mit Schwerpunkt Industrielle Innovation und Technologietransfer; 1972 bis 1975 Lehrtätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland; anschließend Forschung an der Science Policy Research Unit der Universität Sussex; ab 1977, in Verbindung mit dem Science Policy Research Unit, Gastforscher der Abteilung für Wirtschaftsforschung an der Universität Ulm; 1977 bis 1978 Forschungsstipendiat des DAAD; Lehrbeauftragter der Universität Ulm und der Fachhochschule Ulm.

Veröffentlichung: Technological Change in the German Democratic Republic, Boulder (Col.) — London 1984<sup>2</sup>.

Adam Gwiazda, Dr. rer. oec. habil., geb. 1946; seit 1973 Lehrbeauftragter an der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Torun (Thorn); seit 1978 an der Universität Danzig, ab 1984 als Dozent; zugleich wissenschaftlicher Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Abt. Torun (Thorn).

Veröffentlichungen u. a.: Internationale Interdependenz in der gegenwärtigen Welt, Warschau 1985<sup>2</sup>; Dilemma der gegenwärtigen Ökonomie, Danzig 1985; weitere Veröffentlichungen zu Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftssysteme in polnischen, westdeutschen, englischen und niederländischen Zeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Wirtschaft der DDR 1981–1985

## Bilanz des Fünfjahrplans

### I. Ausgangslage und die „ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“

In den siebziger Jahren hatte die DDR-Wirtschaft ein relativ kräftiges und stabiles Wachstum zu verzeichnen. Dies konnte erreicht werden, obwohl das Arbeitsvolumen (Beschäftigte  $\times$  durchschnittliche Arbeitszeit) kaum gestiegen ist. Ausschlaggebend war die Entwicklung der beiden anderen primären Produktionsfaktoren: Anlagevermögen und Materialeinsatz. Die Investitionstätigkeit hat — wenn auch mit Schwankungen — im Verlauf des Jahrzehnts ständig zugenommen; das gleiche gilt für den Materialverbrauch. Wie die statistische Berichterstattung über das produzierte Nationaleinkommen nach Brutto- und Nettobestandteilen zeigt, war die Zunahme des Materialverbrauchs damals sogar größer als die der Netto-Produktion. Parallel zum steigenden Materialverbrauch verlief die Entwicklung der Importe. Die DDR ist ein hochindustrialisiertes, aber rohstoffarmes Land, das rund 60 v. H. der notwendigen Rohstoffe einführen muß.

Zu Beginn der siebziger Jahre waren steigende Importe noch kein Problem. Sie konnten weitgehend mit Exporten finanziert werden. Diese Konstellation hat sich jedoch im Verlauf des Jahrzehnts entscheidend verändert. Ende 1973 gab es den ersten „Ölpreisschock“, der eine erhebliche Steigerung der Weltmarktpreise auch für andere Rohstoffe einleitete. Die Entwicklung der Fertigwarenpreise blieb hinter der Steigerung der Rohstoffpreise zurück, so daß sich die Terms of Trade der DDR (Veränderung der Ausfuhrpreise in Relation zur Veränderung der Einfuhrpreise) verschlechterten. Dies wurde zuerst im Westhandel akut; nach der Veränderung der Preisbildungsprinzipien im RGW-Raum (1975) dann auch im Handel mit der Sowjetunion, die der größte Rohstofflieferant der DDR ist.

Seitdem hat die DDR ihre Importe nicht mehr voll aus den Exporterlösen bezahlen können, sondern zum Teil durch Kredite finanziert. Schon 1970 hatte sie ein Defizit im Westhandel, seit 1975 zudem ein Defizit gegenüber der Sowjetunion. Der Netto-Schuldenstand gegenüber

dem westlichen Ausland erhöhte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit jährlichen Raten von mehr als 20 v. H.; das Handelsbilanzdefizit gegenüber der Sowjetunion belief sich in den Jahren 1975 bis 1980 (nach der sowjetischen Statistik) auf insgesamt 2,5 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl.).

Eine Fortschreibung dieser Entwicklung ist 1980 vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche in einer Untersuchung vorgelegt worden. Sie zeigte für die Zukunft kumulierte Leistungsbilanzdefizite in geradezu schwindelerregender Höhe. Es ist nicht auszuschließen, daß die Planungsinstanzen der DDR ähnliche Projektionen durchgerechnet haben. Jedenfalls schlug das Politbüro im Bericht an die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED Ende 1979 — zu Beginn des zweiten Ölpreisschocks — geradezu dramatische Töne an: „Wir haben es nicht nur mit einer weiteren Verschärfung der ohnehin komplizierten Situation zu tun. Es entsteht für uns eine neue Lage.“

Als Konsequenz mußten das Leistungsbilanzdefizit verringert, in absehbarer Zeit Überschüsse erwirtschaftet werden. Dazu war es notwendig, die Importsteigerung zu drosseln und das Exportwachstum zu erhöhen. Beides verringerte die im Inland für Produktion und Verwendung zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das wirtschaftliche Wachstum konnte nicht mehr — wie in den siebziger Jahren — auf proportional oder sogar überproportional steigendem Materialeinsatz und Anlagevermögen basieren. Das bedeutete neue Ansätze für die Weiterentwicklung. „Angesichts der realen Gegebenheiten konnte es nicht nur darum gehen, die Steigerung der Produktion gewissermaßen auf die bisherige Weise fortzuschreiben.“ (Erich Honecker).

In dieser Situation entwickelte die DDR ihre „ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“, deren zehn Punkte Erich Honecker im Bericht des Zentralkomitees der SED auf dem X. Partei-

tag (April 1981) dargelegt hat. Darin wird festgestellt, daß in der DDR auch in den achtziger Jahren ein hohes und stabiles wirtschaftliches Wachstum durchgesetzt werden soll. Dies sollte aber nicht mit wachsender Kapitalausstattung und steigendem Materialeinsatz erreicht werden, sondern mit konstanten Inputs, durch umfassende und konsequente „Intensivierung“: Alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Relation zwischen Aufwand und Ertrag, zur Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sollten genutzt werden. Die Kernpunkte der ökonomischen Strategie waren:

- die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;
- die Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs;
- eine Investitionspolitik, die mehr auf Modernisierung als auf neue Investitionen abstellt; und
- die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Allerdings erwartete die Wirtschaftsführung keinen Übergang zur „Intensivierung“ im Selbstlauf.

Vielmehr wurde mit einer Fülle von gesetzlichen Änderungen des System der Leitung und Planung umgestaltet.

Ein Resümee der seit der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren beschlossenen Maßnahmen wurde auf der wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz der DDR im Herbst 1983 gezogen. Im großen Einleitungsreferat von Günter Mittag, dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Mitglied des Politbüros, wie auch in zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurden als wichtigste Punkte die Kombinatbildung und die „weiteren Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung“ genannt. An dieser Formulierung ist bemerkenswert, daß der Begriff „wirtschaftliche Rechnungsführung“ gleichrangig neben das Begriffspaar „Leitung und Planung“ gestellt worden ist. Wirtschaftliche Rechnungsführung im sozialistischen System verbindet Rechnungswesen und betriebliche Erfolgskontrolle mit staatlicher Planung und indirekter Steuerung. Ihr jetzt hervor gehobener Stellenwert kennzeichnet die neue Rolle des Kosten-Ertrags-Denkens.

## II. Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten<sup>1)</sup>

### 1. Die organisatorische Veränderung durch die Bildung von Kombinat

1979/80 wurde die Organisation der DDR-Industrie entscheidend verändert. Der dreistufige Aufbau — zwischen den einzelnen volkseigenen Betrieben (VEB) und den Industrieministerien gab es eine mittlere Leitungsebene, die Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB) — wurde abgeschafft. Die Industriebetriebe wurden nach Produktionsschwerpunkten zu großen Kombinat zusammengefaßt und diese dem zuständigen Industrieminister unterstellt. Außerdem wurden die Kombinate durch wichtige Funktionsbereiche ergänzt:

- Forschungsbetriebe, die früher überwiegend außerhalb der Produktionsbetriebe standen, wurden in die Kombinate einbezogen. Davon erwartet man eine praxisnahe Aufgabenstellung und eine schnelle Überführung der Forschungsergebnisse in die Produktion.
- Zulieferbetriebe wurden in die Kombinate eingegliedert oder im Kombinatrahmen neu er-

richtet. Das soll den ständigen Engpaß bei den Zulieferungen beseitigen.

— Schließlich wurden die Außenhandelsbefugnisse der Kombinate erweitert, um die Exportergebnisse zu verbessern.

Für die Außenwirtschaft hat die Kombinatreform besonders große Änderungen gebracht<sup>2)</sup>. Die strikte organisatorische Trennung zwischen Industrie und Außenhandel wurde beseitigt. Der früheren starren, zentralistisch aufgebauten Außenhandelsorganisation mit 30 bis 35 fast ausschließlich dem Ministerium für Außenhandel unterstellten Außenhandelsbetrieben (AHB) steht heute eine differenzierte Absatzorganisation von 64 spezialisierten AHB gegenüber. Davon sind 23 in Kombinate teiltintegriert und die meisten übrigen den Industrieministerien unterstellt; von diesen wurden 12 in 61 Außenhandelsbereiche (Firmen) aufgliedert und Kombinat zugeordnet. Damit gibt es auf der Kombinat- und Betriebsebene jetzt neue Entscheidungs- und Mitspracherechte und eine neue Verantwortung bei der Erfüllung der Außenhandelspläne.

<sup>1)</sup> Vgl. Doris Cornelsen / Manfred Melzer / Angela Scherzinger, DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, (1984) 2.

<sup>2)</sup> Maria Haendcke-Hoppe, Außenwirtschaftsreform und Außenwirtschaftsmonopol, in: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.), FS-Analysen, (1985) 5, S. 5ff.

Ziel der gesamten Organisationsreform war es, den Produktionsprozeß im Kombinat von der Forschung bis zu Produktion und Absatz unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Gegenwärtig zählt die zentralgeleitete Industrie der DDR

— 132 Kombinate

— mit jeweils 20 bis 40 Betrieben

— mit durchschnittlich 25 000 Beschäftigten je Kombinat.

Die bezirksgeleitete Industrie wurde auch in Form von Kombinat organisiert. Inzwischen gibt es hier 93 Kombinate mit durchschnittlich knapp 2 000 Beschäftigten. Die einzelnen zu Kombinat zusammengeschlossenen Betriebe bleiben — laut Kombinatverordnung — rechtlich selbständige Einheiten und verfügen über eigene finanzielle Fonds. Der Generaldirektor hat jedoch im Vergleich zum Generaldirektor der früheren Vereinigung volkseigener Betriebe größere Eingriffsrechte in das betriebliche Geschehen, er entscheidet über Planvorgaben, beeinflusst die Verwendung der erwirtschafteten Mittel, führt Zusammenlegungen und Verlagerungen von Kapazitäten durch und verfügt über bestimmte zentrale Fonds bei der Kombinatleitung. Damit ist der Handlungsspielraum der Kombinatdirektoren relativ groß; die Stellung der einzelnen Betriebe ist geschwächt worden.

## 2. Direkte Steuerung

Unter direkter Steuerung wird die zentrale Volkswirtschaftsplanung verstanden, als deren Ergebnis unmittelbar verbindliche Auflagen für die Kombinate und Betriebe entstehen. Das tragende Gerüst der direkten Steuerung sind die Plankennziffern, die Normen und Normative sowie die Bilanzierung.

Plankennziffern sind das zentrale Instrument zur Lenkung des Produktionsprogramms und dienen zugleich der Erfolgskontrolle. Gegenwärtig gelten für die Jahresplanung (der zentralgeleiteten Industrie, einschließlich Unterpositionen) etwa 90 Kennziffern. Trotz langjähriger Diskussionen zum Thema Effizienzrechnung dominierte in der Planung und Abrechnung bis Ende der siebziger Jahre die industrielle Warenproduktion (Bruttoproduktion), wenn auch ihre Nachteile — Materialverschwendung, aufgeblähte Kooperation — unbestritten waren. Als neues Steuerungskonzept wurden seit 1980 mehrere „Hauptkennziffern der Leistungsbewertung“ in Verbindung mit „weiteren wichtigen qualitativen Kennziffern“ aus der Gesamtsumme aller Kennziffern herausgehoben. Die industrielle Warenproduktion wurde 1983 als Hauptkennziffer abgelöst; sie ist aber immer

noch eine wichtige Größe für die volkswirtschaftliche Planung.

Seit der Planausarbeitung 1984 gelten als „Hauptkennziffern“: Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Die „weiteren wichtigen qualitativen Kennziffern“ beziehen sich auf Arbeitsproduktivität, Kosten, insbesondere die Materialkosten, sowie auf Qualität und Neuentwicklung. Die Nettoproduktion ist ein Indikator für die eigene Leistung des Betriebes (Produktion abzüglich Materialverbrauch und Abschreibung). Der Nettogewinn gilt darüber hinaus als „zusammenhängender Ausdruck der Effektivität des gesamten Reproduktionsprozesses“. Er zeigt die Differenz zwischen Kosten (einschließlich Lohnkosten) und Erlösen und entsteht erst nach dem Verkauf der Produkte; er kann also als Indikator für bedarfsgerechte Produktion angesehen werden.

Zur Planung und Kontrolle eines sparsamen Materialverbrauchs gibt es Normative und Normen. Normative des Materialverbrauchs sind staatlich verbindliche Planaufgaben; sie bestimmen die Obergrenzen für den spezifischen Materialverbrauch. Normen des Materialverbrauchs werden auf Betriebsebene ermittelt und sind Grundlage für die Festlegung der Normative. Mit neuen Regelungen wurden inzwischen straffe Anweisungen für die Ausarbeitung, die Kontrolle und den Verbindlichkeitsgrad der bestätigten Normen und Normative gegeben.

Die Koordinierung, die in der Marktwirtschaft durch direkte Kontakte zwischen den Wirtschaftseinheiten zustande kommt, wird in der Planwirtschaft durch ein gesamtwirtschaftliches Bilanzierungssystem hergestellt. Parallel zur Festlegung der Planziele werden Aufkommen und Verwendung in einem System von Güterbilanzen, den sogenannten Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen (MAK-Bilanzen), erfaßt und einander mit dem Ziel gegenübergestellt, eine volkswirtschaftlich optimale Bedarfsdeckung sicherzustellen und knappe Ressourcen zu kontingentieren. Bei der Bilanzierung werden verbindliche Entscheidungen über Produktion und Absatz der Betriebe und Kombinate für die kommende Planperiode gefällt. Anfang der achtziger Jahre wurden neue Bilanztypen entwickelt und der Einfluß der zentralen Instanzen auf die Bilanzen gestärkt.

Zur direkten Steuerung in ihrer neuen Ausgestaltung gehören noch zahlreiche Einzelregelungen, z. B. für Investitionen, für Wissenschaft und Technik, für einzelne Wirtschaftsbereiche (insbesondere das Transportwesen).

### 3. Die indirekte Steuerung

Unter indirekter Steuerung versteht man ein Instrumentarium, das an finanzielle Größen anknüpft und die Betriebe über Gewährung oder Entzug von Vorteilen zum staatlich gewünschten Verhalten veranlaßt. Für diese Instrumente wurde in der DDR in der Phase des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) der Begriff „ökonomische Hebel“ geprägt. Derzeit ist der Ausdruck „materielle Interessiertheit“ häufiger. Zu den Instrumenten gehören Kosten, Gewinn und Gewinnverwendung, Kredite, Preise und betriebliche Fonds. Mit dem Vorrang des Kosten-Ertrags-Denkens seit Beginn der achtziger Jahre wurde die indirekte Steuerung aufgewertet.

Ansatzpunkt für die stimulierende Wirkung der indirekten Steuerung ist der Nettogewinn der Betriebe. Ein stark vereinfachtes Schema zeigt seine Entstehung:

Erlöse  
- / Kosten  
= Bruttogewinn  
- / Produktionsfondsabgabe (Steuer auf das Anlagevermögen, brachte 1984 rund 12 v. H. der Staatseinnahmen)  
= Nettogewinn  
- / Nettogewinnabführung (brachte 1984 rund 19 v. H. der Staatseinnahmen)  
= Nettogewinn der Betriebe.

Aus dem Nettogewinn der Betriebe wird u. a. der Prämienfonds gespeist, aus dem die Jahresendprämie und andere Prämien an die Beschäftigten gezahlt werden. Betrieb und Beschäftigte haben mithin großes Interesse an einem ausreichenden Nettogewinn.

Durch Variation der Komponenten des Nettogewinns (z. B. Rohstoffpreise, Zinsen, Bruttogewinnspannen, Steuersatz für die Produktionsfondsabgabe und die Nettogewinnabführung) kann man die Betriebe zu rationeller Materialverwendung, Einführung neuer Produkte und plangerechtem Verhalten veranlassen, weil sie nur auf diese Weise ihren Nettogewinn erwirtschaften können. Dieser Zusammenhang wird jetzt stärker ausgenutzt:

— Schon seit 1976 werden die Betriebspreise für Rohstoffe und Vorfabrikate in Abständen erhöht;

— der Beitrag für gesellschaftliche Fonds, eine Art Lohnsummensteuer in Höhe von 70 v. H. des Lohnfonds (zahlbar für die Industrie ab 1984), soll den rationellen Einsatz der Arbeitskräfte fördern;

— bei der Kreditgewährung werden die Zinsen (als Kostenfaktor) stärker variiert als vorher;

— es gibt Gewinnzuschläge für neue Erzeugnisse und Gewinnabschläge für veraltete;

— die Regelungen für die Produktionsfondsabgabe sehen nunmehr eine Art Strafzins z. B. für verspätet realisierte Investitionsprojekte und überhöhte Lagerbestände vor;

— bei der Ermittlung des Nettogewinns für die Betriebe wurden die Vorschriften differenzierter, z. B. erhalten sie vom „überbotenen Plangewinn“ einen höheren Anteil.

So ergibt sich insgesamt eine vorsichtige Aufwertung der Rolle des Gewinns. Allerdings sind die Gewinnverwendungsmöglichkeiten für die Betriebe nach wie vor sehr begrenzt.

### 4. Kontrolle

Wie in jeder hierarchisch gegliederten Organisation müssen auch die zentralen Instanzen in der DDR in der Lage sein, die Leistungen der nachgeordneten Einheiten zu überwachen und zu bewerten. Die Kontrolle über das plankonforme Verhalten ist ein wesentlicher Teil des gesamten Systems.

Als Gegengewicht zum Machtzuwachs der Kombinate, aber auch zur Effizienzüberwachung sind die Kontrollmechanismen inzwischen verschärft worden. Neue Kontrollorgane wurden geschaffen und die Kompetenzen vorhandener erweitert. Dies gilt insbesondere für die Kontroll- und Analysentätigkeit des Hauptbuchhalters, für die zahlreichen Inspektionen, die Qualitätskontrolle und die Kontrolle durch den Bankapparat.

Mit der Jahresrechenschaftslegung wird das gesamte Spektrum der „Intensivierungsstrategie“ überprüft und die Kontrollergebnisse verschiedener Organe zusammengefaßt.

Mit der Variation der einzelnen Bestandteile von Organisation, direkter Steuerung, indirekter Steuerung und Kontrolle wurde in vielen kleinen Schritten eine andere Qualität im Wirtschaftsmechanismus erreicht. Die heutigen Methoden der „Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung“ haben mit ihrer Betonung des Kosten-Ertrags-Denkens das Ziel, das Prinzip der Optimierung an die Stelle des Prinzips der Maximierung zu setzen.

Zwar dürfen die weiterhin bestehenden Schwachstellen nicht übersehen werden. Auch der neue Mechanismus des „Intensivierungsmodells“ kann die oft beschworene Interessenidentität von Produktionseinheiten und gesamter Volkswirtschaft („Was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, das muß auch für die Kombinate und Betriebe vorteilhaft sein“) nicht durchsetzen. Aber insgesamt ist der jetzige Wirtschaftsmechanismus für die Lösung der anstehenden Probleme angemessener und leistungsfähiger als das System der siebziger Jahre.

### III. Planung und unerwartete Probleme

Der Fünfjahrplan 1981 bis 1985, von der Volkammer erst am Ende des ersten Jahres seiner Laufzeit, am 3. Dezember 1981, verabschiedet, sah in der Hauptsache vor:

— Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums von 4,1 v. H. im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 auf 5,1 v. H. jährlich.

— Senkung des spezifischen Verbrauchs „volkswirtschaftlich wichtiger“ Energieträger, Roh- und Werkstoffe um 6,1 v. H. jährlich. Wie verlautet, umfassen sie 58 vor allem importierte Produkte mit einem Anteil von 70 v. H. am gesamten Materialeinsatz.

— Im gesamten Wachstumskonzept hatte die Forderung nach Strukturveränderungen ein ganz besonderes Gewicht. Produkte von höherem Veredelungsgrad, höherer Qualität und höherer Devisenrentabilität sollten entwickelt werden. Die Mikroelektronik und die Automatisierungstechnik sollten die produktive Basis der gesamten Volkswirtschaft umgestalten. Gleichzeitig war ein zweiter Strukturwandel ganz anderer Art vorgesehen: die Rückkehr zu heimischen Rohstoffen, insbesondere zur Braunkohle, um die Einfuhrabhängigkeit zu verringern.

— Die Ziele für den Außenhandel ergaben sich nicht unmittelbar aus dem veröffentlichten Plan; dessen Angaben zum Außenhandel waren sogar ausgesprochen kärglich. Weniger als ein Zwanzigstel des veröffentlichten Textes war ihm gewidmet, wobei überwiegend die Bedeutung der „sozialistischen ökonomischen Integration“ gewürdigt wurde. Daß in diesem Fünfjahrplan eine Konsolidierung im Außenhandel vorgesehen war, ergibt sich jedoch aus der Konstellation der Zuwachsraten: Die Produktion sollte um reichlich 5 v. H. steigen, die inländische Verwendung (Investitionen und Einzelhandelsumsatz zusammengekommen) nur um etwa 2 v. H..

— Eine wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung wurde für die Verwendung der im Inland verfügbaren Güter getroffen. Für die Investitio-

nen war ein Rückgang um durchschnittlich jährlich 2 v. H. angesetzt, für den Einzelhandelsumsatz dagegen annähernd eine Fortsetzung der früheren Entwicklung (+3,7 v. H. mehr pro Jahr). Die Knappheit im Inland sollte also im wesentlichen zu Lasten der Investitionstätigkeit gehen und nicht zu Lasten der Bevölkerung. Dazu paßt, daß der Zusammenhang zwischen Leistungsbereitschaft und Versorgung häufig hervorgehoben wurde.

Unvorhergesehene Probleme verschärfen zu Beginn des Fünfjahrplanzeitraums die Lage. Die internationale Finanzierungssituation veränderte sich: Das Kapitalangebot wurde geringer, die Kapitalnachfrage größer, das Zinsniveau stieg. Nach der faktischen Zahlungsunfähigkeit von Polen und Rumänien im Jahr 1981, nach dem Wegfall der „Regenschirmtheorie“ (daß bei Zahlungsschwierigkeiten eines RGW-Landes die Sowjetunion Hilfe leistet), versiegten auch für die DDR die Kreditmöglichkeiten bei westlichen Banken fast völlig. Ende 1981 teilte die Sowjetunion mit, daß sie ihre in langfristigen Handelsabkommen festgelegten Lieferungen an Erdöl um rund 10 v. H. kürzen werde. Der Fünfjahrplan war damit in einigen wesentlichen Teilen schon zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung von den Ereignissen überholt. Der Zwang zur Konsolidierung im Westhandel war noch größer, die Knappheit an Ressourcen noch drückender. Nach den Planungsregeln der DDR wird ein Fünfjahrplan aber nicht neu gefaßt, auch dann nicht, wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Die notwendigen Anpassungen an die neuen Bedingungen werden über die Jahresvolkswirtschaftspläne vorgenommen.

Das bedeutet — und es ist wichtig, dies festzuhalten —, daß Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftsentwicklung zu Beginn der achtziger Jahre nicht allein am Grad der Erfüllung oder Nichterfüllung der Ziele des Fünfjahrplans beurteilt werden können, sondern am Grad der Bewältigung der Probleme.

### IV. Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse

Ende 1981 wurden die neuen Probleme bei der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED (20. November 1981) ausgesprochen: „... daß wir mit noch weniger Rohstoffen und Material als zum X. Parteitag angenommen, seine volkswirtschaftliche ... Direktive verwirklichen wollen, (stellt) hohe Ansprüche an die Leitung der volkswirtschaftlichen Prozesse ...“ (Erich Honecker).

Knappheit an Ressourcen, Anpassungs- und Umstellungsschwierigkeiten hinterließen seitdem deutliche Spuren. Besonders kritisch war das Jahr 1982, als sich die restriktive Haltung der westlichen Banken zuspitzte. Die DDR reagierte mit einer zum Teil drastischen Reduzierung von Westimporten bei gleichzeitiger Exportsteigerung. Die Konsequenz waren Versorgungslücken

und Engpässe im Inland sowie eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf weniger als 3 v. H.. Der weitere Verlauf des Fünfjahrplanzeitraums war indessen günstiger. Besonderes Kennzeichen der gesamten Fünfjahrplanperiode waren die Veränderungen in den Produktionsbedingungen und die Strukturwandlungen in den einzelnen Bereichen.

## I. Energiewirtschaft

Die erste Ölpreissteigerungswelle auf dem Weltmarkt (1973/74) hatte aufgrund der Lieferverträge mit der Sowjetunion noch keine verstärkten Energiesparmaßnahmen in der DDR ausgelöst. Nach dem erneuten Ölpreissprung 1979/80 wurde die Energiewirtschaft aber geradezu zum Zentrum der neuen Strategie. Zwei Ziele standen im Mittelpunkt:

— Senkung des spezifischen Energieverbrauchs (Vorgabe des Fünfjahrplans: Konstante Menge an Energie bis 1985);

— Ausweitung der Förderung und des Einsatzes von Braunkohle. (Förderziel im Fünfjahrplan für 1985: 290 Mill. t).

Diese beiden Ziele kollidieren übrigens miteinander. Die Braunkohle hat einen relativ niedrigen energetischen Wirkungsgrad. Transport und Umwandlung erfordern im Vergleich zu Erdöl einen höheren Energieeinsatz. So wird bei steigendem Braunkohlenanteil die Energieeinsparung schwerer.

1979 wurde eine Zentrale Energiekommission beim Ministerrat gebildet. Im gleichen Jahr wurde begonnen, den Energieverbrauch als staatliche Plankennziffer vorzugeben. Im darauffolgenden Jahr, 1980, wurde eine Energieverordnung verabschiedet, nach der die Nutzung der sogenannten Anfallenergie gesetzliche Pflicht ist. Normen und Normative wurden bestimmt und überarbeitet. Eine Energieinspektion der Zentralen Energiekommission kontrolliert seitdem die Durchführung der Beschlüsse. Neben Zwangsgeldern, Ordnungsstrafen und Sanktionen gibt es auch individuelle Prämien für Sparerfolge.

Außerdem wurden die Betriebspreise für Energie erheblich erhöht. Erste Veränderungen gab es schon 1976. Nach einer DDR-Quelle wurde bis 1985 — bezogen auf 1979 — das Preisniveau für die Importenergie Heizöl und Steinkohle um rund 50 v. H., für Stadtgas und Erdgas um rund ein Drittel und für Braunkohle, Elektroenergie und Fernwärme um 12 v. H. angehoben. Der private Verbraucher hat dagegen die Energieverteuerungen nicht zu spüren bekommen. Als einziges RGW-Land hat die DDR die Preise und Tarife für den Energieverbrauch der privaten Haushalte im Beobachtungszeitraum nicht verändert.

Auf Grund dieser Vielzahl von administrativen Maßnahmen konnte von 1980 bis 1983 der Primärenergieverbrauch absolut gesenkt werden, — und das bei einem Wirtschaftswachstum von rund 4 v. H. Erst 1984 kam es wieder zu einem nennenswerten Verbrauchsanstieg. Die Erfolge sind allerdings auch durch die in der DDR beklagte wenig effiziente Energieverwendung begünstigt worden. Der Primärenergieverbrauch je Einwohner lag noch 1984 mit 216 PJ um 20 v. H. über dem Niveau der Bundesrepublik, obwohl die DDR beim realen Sozialprodukt je Einwohner nur etwa drei Viertel der westdeutschen Leistung erreicht.

Die größten Einsparungen sind im Industriebereich erzielt worden, auf den rund die Hälfte des gesamten Verbrauchs an Endenergie (Gebrauchsennergie) entfällt. Der Verbrauch war hier 1984 nicht höher als 1980. Einsparungen gab es auch im Verkehrswesen. Stark expandiert haben dürfte jedoch der Energieverbrauch der privaten Haushalte. Damit verlief die Entwicklung anders als zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Energieeinsparungen der letzten Jahre insbesondere im privaten Sektor erbracht worden sind.

Der Anteil von Braunkohle hat sich bemerkenswert erhöht. 1984 wurden in der DDR knapp 300 Mill. t Braunkohle gefördert, womit Braunkohle jetzt einen Anteil von 72 v. H. am gesamten Primärenergieverbrauch erreicht hat. Der Heizölverbrauch der DDR soll demgegenüber bis 1984 auf weniger als 20 v. H. des Verbrauchs von 1978 gesenkt worden sein.

## 2. Industrie

Der größte Wirtschaftsbereich der DDR, die Industrie, hatte hohe Planziele zur Senkung des spezifischen Verbrauchs, zur Veränderung der Struktur und „Veredlung“ der Produktion. Umstellungsschwierigkeiten und die Knappheit an Ressourcen fanden hier allerdings auch ihren besonderen Niederschlag. So wurde statt eines jahresdurchschnittlichen Wachstums der industriellen Warenproduktion von 5,1 v. H. (Fünfjahrplan) tatsächlich nur reichlich 4 v. H. erreicht. Dieses Ergebnis war eine Summe ganz unterschiedlicher Tendenzen.

Die Metallurgie ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus der Intensivierungsstrategie positive und negative Effekte gleichermaßen erwachsen. Positiv waren die Investitionen in der Schwarzmetallurgie zur Erhöhung des Anteils veredelter Produkte. Das Konverterstahlwerk in Eisenhüttenstadt, die erheblichen Investitionen in Unterwellenborn, die neuen Walzwerkseinrichtungen haben



die Kapazitäten, jedenfalls ab 1984/85, erheblich erweitert und verbessert. Die Schwarzmetallurgie ist aber auch in hohem Maße auf Importe angewiesen, auf Erz und Steinkohlenkoks, auf Roheisen zum Einsatz in den Stahlwerken. So begrenzt Knappheit auch hier die Wachstumsmöglichkeiten.

Die chemische Industrie profitierte ebenfalls von den Veredelungsinvestitionen. Auf der Sonnenseite steht die Mineralölindustrie mit den beiden Kombinat Schwedt und Leuna. In Schwedt verdoppelte sich im Verlauf des Fünfjahrplans das Betriebsgelände und auch der Anlagenwert. Hohe Steigerungen gab es bei der Produktion von Vergaserkraftstoffen und petrochemischen Erzeugnissen. Bei diesen hat sich die Importabhängigkeit der DDR deutlich vermindert, petrochemische Spezialitäten werden auch exportiert. Die übrige Chemie war dagegen von der Knappheit an Heizöl und Erdgas sehr negativ betroffen. Der Einsatz heimischer Energieträger und Rohstoffe erhöht den Aufwand, zum Teil wurde die Produktion nicht mehr gesteigert, zum Teil gab es durch Zumischung von heimischen Rohstoffen auch deutliche Qualitätsprobleme.

Der Maschinenbau hatte zu Beginn der achtziger Jahre noch große Einsparungs- bzw. Entwicklungsreserven. Die Maschinen waren zu schwer, die Möglichkeiten des technischen Fortschritts groß. Entsprechend ehrgeizig waren die Ziele, sowohl für die Senkung des spezifischen Verbrauchs als auch für das durchschnittliche jährliche Wachstum. Gerade für diesen Bereich, der 24 Industriezweige mit fast 1 Million Beschäftigten umfaßt, ist eine Generalisierung der abgelaufenen fünf Jahre unmöglich. So ist die Knappheit an Investitionen in einigen Zweigen aus eigener Kraft — im „Eigenbau von Rationalisierungsmitteln“ — sicherlich zu kompensieren (Werkzeugmaschinenbau), in anderen verursacht sie einen Rückgang der Leistungsfähigkeit (etwa in der total überalterten Gießereiindustrie). Die Materialknappheit ist in einigen Zweigen wachstumshemmend, in anderen überwiegt der Nutzen der inzwischen besseren Stahlqualität, die eine Reduzierung der Masse technisch erleichtert. Im Verlauf der Fünfjahrplanperiode werden exportträchtige Produktionen sehr gefördert, nicht dagegen reine Inlandsproduktionen. Problematisch ist weiterhin die nur schleppende Einführung moderner Technologie.

In der Elektrotechnik waren die klassischen Industriezweige wie Kabelproduktion, Elektromaschinenbau, Lampen- und Leuchtenbau sowie Haushaltsgeräteindustrie von der Materialknappheit sehr beeinträchtigt. Bis 1985 sollten laut Plan die Mengen an Stahl, Guß und Kupfer nur unwe-

sentlich größer sein oder sogar gleich bleiben, so daß die Ziele der Produktion zum Teil nicht zu erreichen waren. Dagegen gewinnt die Mikroelektronik an Bedeutung. Zu Beginn der achtziger Jahre flossen mehr als ein Drittel der Investitionen im Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik in diese Produktionsbetriebe. Wie verlautet, sollen noch weitere Betriebe in diesem Sektor gegründet werden. Die Zahl der mit Mikroelektronik im weitesten Sinn Beschäftigten, die Anfang der achtziger Jahre mit 100 000 angegeben worden ist, soll inzwischen schon 150 000 betragen. Obwohl sie nach Breite und Menge im internationalen Vergleich vermutlich erst gering ist, wurde die Produktion erheblich ausgeweitet. Problematisch bleibt indessen weiter die Anwendung der neuen Technik.

Die Glas- und Keramikindustrie basiert auf heimischen Rohstoffen und sah sich bisher auch beim Energieverbrauch keinen gravierenden Einschränkungen ausgesetzt. Bis jetzt waren die Wachstumserfolge beachtlich. Eine Großinvestition — die Floating-Glas-Anlage in Torgau — hat neue Produktions- und Absatzmöglichkeiten erschlossen. Die Leichtindustrie (Leder, Textil, Bekleidung) ist jedoch im Rahmen der neuen Konzeption zurückgefallen. Hier führte die Forderung nach Sparsamkeit beim Materialeinsatz nicht immer zu echten Einsparungen, sondern auch zu Qualitätsverschlechterungen. Die Zuwachsraten in diesem Bereich sind — trotz seiner großen Bedeutung für den Export — nur gering.

Insgesamt war die Fünfjahrplanperiode also durch Ansätze zur Reduzierung des im internationalen Vergleich sehr hohen Materialverbrauchs sowie durch Wachstumsverlangsamung und Qualitätseinbußen gekennzeichnet; neuen leistungsfähigen Anlagen in einigen Bereichen stand die Veraltung der Anlagenbestände in anderen Teilen der Industrie gegenüber. Ausschließlich negativ zu werten ist offensichtlich der Rückgriff auf heimische Rohstoffreserven, der den Wirkungsgrad verschlechtert und die Umwelt belastet.

### 3. Landwirtschaft

Auch die Landwirtschaft ist in die gesamtwirtschaftlichen Ziele einbezogen worden. Der Fünfjahrplan sah vor:

— Eine Ertragssteigerung in der Pflanzenproduktion, vor allem bei Getreide. Die Getreideimporte sollten schrittweise abgebaut und schließlich durch eine Erhöhung des Eigenaufkommens überflüssig gemacht werden.

— Ein weiterer Schwerpunkt war die Verbesserung der Kosten-Ertrags-Relation.

**Tabelle 1: Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR**  
(Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in v. H.)

	1976/ 1980 <sup>1)</sup>	1981/ 1985 <sup>1)</sup>	1981	1982	1983	1984 <sup>2)</sup>	1985	
	Ist	Plan	Ist				Plan	
Produziertes Nationaleinkommen	4,1	5,1	4,8	2,6	4,4	5,5	4,4	
Primärenergieverbrauch in der Volkswirtschaft	.	0,3	-1,8	-0,1	2,7	.	.	
Rohbraunkohle	0,8	.	3,5	2,9	1,6	3,5	.	
<i>Industrie</i>								
Warenproduktion	4,7 <sup>3)</sup>	5,1	5,5 <sup>3)</sup>	3,6 <sup>3)</sup>	3,9 <sup>3)</sup>	4,3 <sup>3)</sup>	3,8	
im Bereich der Industrieministerien								
Warenproduktion	5,5	5,5	5,9	4,3	4,6	4,5	4,3	
Nettoproduktion	.	.	7,0 <sup>4)</sup>	5,6 <sup>4)</sup>	7,1 <sup>4)</sup>	8,3 <sup>4)</sup>	8,0	
Arbeitsproduktivität (Basis Warenprod.)	4,6 <sup>5)</sup>	5,2 <sup>6)</sup>	5,0	2,6	4,1	3,4	.	
<i>Bauwirtschaft</i>								
Bauproduktion der Volkswirtschaft	3,3 <sup>4)</sup>	3,4	4,0 <sup>4)</sup>	2,9 <sup>4)</sup>	3,1 <sup>4)</sup>	2,3 <sup>4)</sup>	3,4 <sup>4)</sup>	
Fertiggestellte Wohnungen	162,6	188,0	185,4	187,1	197,2	207,0	203,1	
davon:								in 1000 Wohnungen
Neubau								
Modernisierung	50,7	68,0	59,6	64,6	74,6	85,4	85,6	
<i>Landwirtschaft</i>								
Getreideernte	1,4 <sup>8)</sup>	1,5 <sup>9)</sup>	-7,9	13,1	0,5	12,7	.	
Viehbestand, insgesamt <sup>10)</sup>	0,5 <sup>8)</sup>	.	0,6	-2,1	3,0	1,2	.	
Tierische Marktproduktion <sup>11)</sup>	3,8 <sup>8)</sup>	0,9 <sup>9)</sup>	2,8	-6,6	2,7	6,7	0,6 <sup>12)</sup>	
<i>Binnenverkehr<sup>13)</sup></i>								
Gütertransportmenge	-5,1	.	-3,2	-7,3	-2,2	-1,1	.	
Eisenbahn	1,4	.	1,2	2,3	1,0	3,6	.	
Binnenschifffahrt	1,2	.	1,9	1,2	3,8	7,0	.	
Straßenverkehr	6,7	.	-5,1	-12,3	-3,9	-4,0	.	
Gütertransportleistung	3,4	.	-2,1	-6,7	-0,3	1,4	.	
Eisenbahn	2,5	.	-1,1	-3,1	1,6	3,2	2,9	
Binnenschifffahrt	-3,8	.	9,3	-2,9	5,9	9,0	8,7	
Straßenverkehr	6,9	.	-5,2	-18,5	-5,3	-5,8	.	
<i>Einzelhandel, Umsatz<sup>14)</sup></i>	4,1	3,7	2,5	1,0	0,7	4,2	4,0	
davon:								
Nahrungs- und Genußmittel	3,4	3,7	2,9	2,1	1,6	3,3	.	
Industriewaren	4,8	3,7	2,1	-0,1	-0,1	5,1	.	
<i>Außenhandel, Umsatz<sup>14), 15)</sup></i>	10,3 <sup>16)</sup>	.	10,7	9,2	10,6	8,4	8,0	
davon:								
Einfuhr	10,3 <sup>16)</sup>	.	6,4	4,3	9,0	9,6	.	
Ausfuhr	10,3 <sup>16)</sup>	.	15,4	14,1	12,0	7,3	.	
Saldo (in Mrd. Valuta-Mark)	.	.	-1,1	+5,4	+8,0	+6,9	.	
<i>Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung</i>	3,7	3,7	3,1	2,7	2,2	3,9	4,0	
<i>Investitionen, insgesamt<sup>17)</sup></i>	4,6 <sup>16)</sup>	-2,1 <sup>18)</sup>	2,7	-6,4	-0,0	-4,9	0 <sup>19)</sup>	

1) Fünfjahresdurchschnitt. — 2) Vorläufige Zahlen, z. T. geschätzt. — 3) Errechnet aus monatlichen Indexangaben; tatsächliches Ist, d. h. unter Rückrechnung der offiziellen — arbeitstäglich bereinigten — Angaben. — 4) Aus Indexangaben errechnet. — 5) Brutto-  
produktion je Beschäftigten. — 6) Basis: Warenproduktion. — 7) Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen. — 8) Durchschnittliche  
jährliche Zuwachsrate ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1971 bis  
1975. — 9) Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 im Hinblick auf das  
geplante Volumen des Jahres 1985. — 10) Auf Basis des Großvieheinheitenschlüssels der DDR; Jahresendwerte. — 11) Summe des  
staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle; bewertet in Getreide-Einheiten (GE) nach dem GE-Schlüssel  
der DDR. — 12) Mengenmäßige Planung. — 13) Ohne Seeschifffahrt und zivile Luftfahrt. — 14) Jeweilige Preise. — 15) Einschließlich  
innerdeutscher Handel. — 16) Ermittelt anhand aller Jahreswerte. — 17) Ohne Generalreparaturen, zu Preisen von 1980. — 18) Unter  
Berücksichtigung eines geplanten Gesamtvolumens von 256 Mrd. Mark. — 19) Der geplante Investitionsumfang von 56 Mrd. Mark  
erreicht — zu konstanten Preisen umgerechnet — vermutlich knapp die Höhe des Vorjahrs volumens.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf; Volks-  
wirtschaftspläne (zuletzt: GBl. der DDR, Teil I/1984, Nr. 32); Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 19./20.  
Januar 1985, S. 3ff.); Berechnungen und Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Die Diskussion über die Landwirtschaft wurde schon gegen Ende der siebziger Jahre verstärkt und kam ausführlich auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1981 zur Sprache: Die Landwirtschaft produziert zu teuer, das Kosten-Ertrags-Denken muß stärker durchgesetzt, die Produktion erhöht werden.

Die wichtigsten Maßnahmen waren:

— Eine Preisreform. Die Preise je Produkteinheit für die pflanzlichen und die tierischen Erzeugnisse wurden erhöht. Dagegen entfielen die bisherigen Subventionen im Vorleistungsbereich, bei Kraftstoffen, Landtechnik, Futtermitteln, Baustoffen und Bauleistungen. Mit wirklichkeitsnäheren Kostenrelationen sollte vor allem ein sparsamer Umgang mit Vorleistungen angeregt, aber auch ein Anreiz zur Mehrproduktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegeben werden.

— Außerdem sollten organisatorische Veränderungen die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erhöhen. Neue Formen sind zum einen die territoriale Produktionsorganisation (Bildung von Untereinheiten der Pflanzenbaubetriebe) und zum anderen die Kooperationsräte (Gremium zur Koordinierung von Betrieben der Pflanzen- und der Tierproduktion).

Das Ergebnis in der Landwirtschaft im abgelaufenen Fünfjahrplanzeitraum kann sich sehen lassen. Es gab vier Rekordernten bei Getreide, zwei in der gesamten Pflanzenproduktion und insgesamt gute Leistungen in der Tierproduktion. Bis zur Unabhängigkeit von Getreideimporten ist aber noch ein weiter Weg zurückzulegen: Im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 wurden jährlich 3 Millionen t Getreide eingeführt (Durchschnitt 1976 bis 1980: 3,5 Millionen t).

#### 4. Verkehrswesen

Im Verkehrswesen sollten die Transportleistungen mit dem geringsten volkswirtschaftlichen Aufwand erreicht werden. Dazu wurden folgende Ziele formuliert:

— Reduzierung des spezifischen Transportbedarfs;

— Erhöhung des Anteils der — energieökonomisch vorteilhaften — Eisenbahn und Binnenschifffahrt, Zurückdrängung des Werkfernverkehrs;

— gleichzeitig sollte das elektrifizierte Bahnnetz ausgebaut werden, um den Anteil der Diesellokleistungen zugunsten von Elektroloks zu senken.

Ende 1981 wurde eine neue Gütertransportverordnung erlassen, in der die wichtigsten Grundsätze für die Verminderung des Transportauf-

wands genannt werden, insbesondere die Optimierung von Transport- und Lieferbeziehungen, die Vorgabe von Plankennziffern für die Inanspruchnahme von Gütertransportleistungen, die Anwendung von Transportnormativen. Die Normierung für Transportleistungen wurde inzwischen geregelt.

1982 trat ein neuer Binnengüterverkehrstarif in Kraft. Die Tarifierhebungen beliefen sich auf durchschnittlich 60 v. H., die Straßengütertarife wurden überdurchschnittlich stark verteuert. Von 1982 an wurde die Kontingentierung von Treibstoffen verschärft. Sanktionen, Fernverkehrszuschläge und eine Werkverkehrsabgabe zielen in die gleiche Richtung.

Außerdem gibt es in der DDR seit langem Geschwindigkeitsbeschränkungen. Das Tempolimit auf der Autobahn ist 100 km/Std. Auf Landstraßen wurde 1979 die Höchstgeschwindigkeit von 90/h auf 80/h reduziert. 1984 wurden für Nutzfahrzeuge typenabhängige Limite festgelegt.

Nach alledem hat sich in der DDR der Verkehrsaufwand deutlich reduziert. Die Gütertransportmenge ging bis 1984 um 13 v. H. zurück, die Gütertransportleistung um 8 v. H. Als Gründe werden verbesserte Lieferbeziehungen und rationellerer Fahrzeugeinsatz ebenso wie die Veränderung der Handels- und Lagernetze angegeben. Nicht auszuschließen ist allerdings auch eine teilweise Verlagerung zugunsten des statistisch nicht erfaßten innerbetrieblichen Verkehrs.

Der Anteil der Eisenbahn an den Güterverkehrsleistungen stieg von 67 v. H. im Jahr 1980 auf 73 v. H. im Jahr 1984. Gleichzeitig wurde das elektrifizierte Streckennetz von 1 700 auf 2 320 Kilometer erhöht. Das Fünfjahrplanziel — 750 km Eisenbahnstrecke zu elektrifizieren — ist inzwischen weit überschritten worden.

#### 5. Investitionen

Für die Investitionen wurde eine „Tendenzwende“ angekündigt. Erweiterungsinvestitionen sollten die Ausnahme sein, statt dessen galt es, die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Anlagen durch Modernisierung und Rekonstruktion zu erhöhen. Die restriktive Investitionspolitik wurde durch eine scharfe Kontrolle „Objekt für Objekt“ erzwungen; als Gremium für die Kontrolle fungiert die Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen.

Tatsächlich hat die scharfe Kontrolle bei den Investitionen gegriffen. Die Investitionstätigkeit insgesamt ging seit 1981 zurück, die Investitionen in der Industrie haben seitdem stagniert. Innerhalb der Industrie hat sich der Anteil der Metall-

urgie erhöht. In vielen Bereichen dürfte sich allerdings schon ein Investitionsstau von beachtlichen Ausmaßen gebildet haben.

Im gesamten Fünfjahrplanzeitraum wurde der „Eigenbau von Rationalisierungsmitteln“ propagiert: Die Betriebe sollen sich ihre spezifischen Ausrüstungen zum Teil selbst fertigen. Auch dieser „Eigenbau“ ist in die gesamte Planung einbezogen; er gibt den Betrieben jedoch einen gewissen Freiraum. Vielfach wurden dafür ganze Betriebsstätten eingerichtet, die ihre speziellen Lösungen auch für andere Betriebe anbieten. 1980 stammten etwa 9 v. H. der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie aus Eigenproduktion. Fünfjahrplanziel war eine Verdopplung des „Eigenbaus“, die schon 1984 erreicht wurde. Die Effizienz dieser Art von Investitionen ist abhängig vom Produktionsprofil der Betriebe. In vielen Fällen ist „Eigenbau“ sicherlich nur ein Notbehelf.

## 6. Privater Verbrauch

Entgegen den Vorgaben im Fünfjahrplan ist es nicht gelungen, das Angebot für die Bevölkerung aus der allgemeinen Knappheit herauszuhalten und kontinuierlich zu steigern. Die Zunahme

beim Einzelhandelsumsatz wurde bis 1983 schrittweise geringer, der Umsatz von Industriewaren ging 1982 und 1983 sogar etwas zurück. 1982 häuften sich Lücken und Versorgungsengpässe, selbst bei Nahrungsmitteln. Erst von 1984 an ist wieder die früher übliche Steigerung erreicht worden.

Der Einzelhandelsumsatz ist eine nominale Größe; die Höhe der darin enthaltenen Preissteigerungen ist unbekannt. Nach offizieller Preispolitik der DDR sind Preise für den Grundbedarf seit Jahren konstant; die Preise für höherwertige Güter dagegen sollen den gestiegenen Kosten angepaßt werden und Steuern sowie Gewinne abwerfen. Auch im Statistischen Jahrbuch der DDR werden seit 1979 — als diese neue Richtung in der Preispolitik verkündet worden ist — Preissteigerungen für Lederwaren, Textilien, Bekleidung und sonstige Industriewaren nachgewiesen. Die tatsächlichen Preissteigerungen durch Einführung neuer und teurerer Produkte und durch Sortimentsverschiebungen gehen sicherlich über diese statistisch registrierten Preiserhöhungen hinaus. Real hat sich bis 1983 die Lage der Verbraucher verschlechtert. So hatte die Bevölkerung letzten Endes doch einen großen Teil der Konsolidierungslasten zu tragen.

Tabelle 2: Ausgewählte Daten zur Entwicklung von Einkommen und Verbrauch

	Plan 1981/85	1980	1981	1982	1983 <sup>3)</sup>	1984 <sup>3)</sup>	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in vH
	Zunahme in vH	in Mrd. Mark					1984 gegenüber 1980
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung <sup>1)</sup>	3,7	120,9	124,7	128,2	131,1	136,2	3,0
davon:							
Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer in Mark)	.	75,0 (9 020)	77,8 (9 310)	80,3 (9 550)	82,7 (9 780)	86,0 (10 130)	3,5 (2,9)
Renten <sup>2)</sup>	.	15,8	15,7	15,6	15,5	15,5	-0,5
Sonstige Einnahmen <sup>1)</sup>	.	30,1	31,2	32,3	32,9	34,7	3,6
Spareinlagenzuwachs gegenüber dem Vorjahr	.	2,8	3,2	4,6	5,6	5,5	
Einzelhandelsumsatz, insgesamt	3,7	100,0	102,5	103,5	104,3	108,7	2,1

<sup>1)</sup> Einschließlich Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung. — <sup>2)</sup> Renten der Sozialversicherung und aus dem Staatshaushalt. — <sup>3)</sup> Vorläufig.

Quellen: Statistisches Taschenbuch der DDR 1985 sowie Schätzungen und Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Die konstanten Preise für den Grundbedarf verursachten im Berichtszeitraum erhebliche Subventionen. Die während der gesamten Planperiode getätigten Staatsausgaben „aus gesellschaftlichen Fonds“ (Subventionierung der Preise, Mittel für das Wohnungswesen, für Gesundheit, Soziales, Bildung usw.) stiegen aufgrund der wachsenden Verbraucherpreissubventionen auf 340 Mrd. Mark, während der Fünfjahrplan nur 295 Mrd. Mark vorgesehen hatte.

Fünfjahrplanzeitraum überraschend schnell erreicht worden.

Im Westhandel ist es schon 1981 gelungen, das Defizit zu verringern. Seit 1982 gibt es einen Überschuß. Zins und Tilgung für die Kredite wurden pünktlich entrichtet. Die Nettoverschuldung (Summe der Kredite abzüglich Summe der Guthaben), soweit sie statistisch nachgewiesen ist (Auswertung von BIZ und OECD, zuzüglich kumulierter Saldo im innerdeutschen Handel), konnte erheblich reduziert werden. Sie war Mitte 1985 mit 6,3 Mrd. US-Dollar nur etwa halb so groß wie am Jahresende 1980 (11,3 Mrd. US-Dollar). Der Rückgang der Nettoverschuldung ist weniger auf die Rückführung der Kreditsumme,

## 7. Außenhandel

Das Ziel der gesamten Anstrengungen, nämlich eine Konsolidierung im Außenhandel, ist im

**Tabelle 3: Der Außenhandel der DDR nach Ländergruppen<sup>1)</sup>**

	1971— 1975 <sup>2)</sup>	1976— 1980 <sup>2)</sup>	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. VM <sup>3)</sup>						
<b>Einfuhr, insgesamt</b>	28,79	53,18	62,97	67,00	69,88	76,20	83,50
Sozialistische Länder <sup>4)</sup>	18,71	35,00	40,09	44,91	47,85	50,64	55,62
RGW-Länder <sup>5)</sup>	17,88	33,42	37,92	42,88	45,79	48,92	53,60
UdSSR	9,77	18,61	22,25	25,81	28,58	30,87	33,82
Westliche Industrieländer <sup>6)</sup>	8,91	15,45	19,19	19,51	18,55	22,37	25,04
Entwicklungsländer	1,17	2,73	3,69	2,58	3,48	3,18	2,84
<b>Ausfuhr, insgesamt</b>	27,39	47,42	57,13	65,93	75,23	84,23	90,40
Sozialistische Länder <sup>4)</sup>	19,92	34,33	39,72	43,64	47,98	53,98	58,67
RGW-Länder <sup>5)</sup>	18,87	32,65	37,38	41,47	45,71	51,37	55,92
UdSSR	10,01	16,80	20,36	24,08	26,58	29,95	33,29
Westliche Industrieländer <sup>6)</sup>	6,35	10,40	13,77	18,33	22,30	24,78	26,33
Entwicklungsländer	1,12	2,69	3,64	3,96	4,95	5,46	5,40
	<b>Salden der DDR<sup>7)</sup></b>						
<b>Insgesamt</b>	-7,00	-28,80	-5,84	-1,07	5,35	8,03	6,90
Sozialistische Länder <sup>4)</sup>	6,06	-3,34	-0,37	-1,27	0,13	3,34	3,05
RGW-Länder <sup>5)</sup>	4,94	-3,83	-0,54	-1,41	-0,08	2,45	2,32
UdSSR	1,22	-9,06	-1,89	-1,73	-2,00	-0,92	-0,53
Westliche Industrieländer <sup>6)</sup>	-12,84	-25,27	-5,42	-1,18	3,75	2,41	1,29
Entwicklungsländer	-0,21	-0,21	-0,05	1,38	1,47	2,28	2,56

<sup>1)</sup> Zu jeweiligen Preisen; Wertstellung fob; Käufer- bzw. Verkäuferland. — <sup>2)</sup> Fünfjahresdurchschnitt. — <sup>3)</sup> = Valutamark, Statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR; Umrechnungskurs: 4,67 VM = 1 TRbl (Transfer-Rubel); der Umrechnungskurs zu den westlichen Währungen schwankte mit den Paritätsänderungen zwischen dem Rubel und den konvertierbaren Währungen; für 1984 galt: 1 VM = 0,742 DM; Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>4)</sup> RGW-Länder und sonstige sozialistische Länder, vor allem Volksrepublik China, Jugoslawien, Nordkorea und Laos. — <sup>5)</sup> Albanien, Bulgarien, CSSR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn und seit 1978 auch Vietnam (bis 1977 in sozialistischen Ländern enthalten). — <sup>6)</sup> Alle sogenannten kapitalistischen Industrieländer, d. h. OECD-Länder. — <sup>7)</sup> „1971—1975“ und „1976—1980“: Summen der Einzeljahre.

Hinweis: Seit 1980 wird in den methodischen Anmerkungen im Statistischen Jahrbuch der DDR auf eine detaillierte Aufstellung von Ländern und Ländergruppen verzichtet.

Quellen: Statistisches Taschenbuch der DDR, 1985; Statistische Jahrbücher der DDR; Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher des RGW und der RGW-Länder; Partnerlandangaben der OECD; Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

**Tabelle 4: Daten zur Westverschuldung der DDR**

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	in Mrd. US-Dollar							
Schuldenstand der DDR <sup>1)</sup>								
Bankkredite (BIZ/OECD)	5,28	6,79	8,55	9,93	10,73	9,11	8,60	8,54
Öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite (BIZ/OECD)	1,00	1,20	1,30	1,40	1,50	1,62	1,95	1,71
Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel <sup>2)</sup>	1,28	1,84	2,13	2,13	1,61	1,57	1,61	1,09
Bruttoverschuldung	7,56	9,83	11,98	13,46	13,84	12,30	12,16	11,34
Guthaben (BIZ)	-0,90	-1,32	-1,96	-2,15	-2,18	-1,99	-3,35	-4,54
Nettoverschuldung	6,66	8,51	10,02	11,31	11,66	10,31	8,81	6,80
Zinszahlungen <sup>3)</sup>	0,36	0,51	0,82	1,21	1,58	1,11	0,74	0,60
Export der DDR <sup>4)</sup>	2,50	2,86	3,57	4,53	5,44	6,58	7,16	7,00
	Relationen							
Nettoverschuldung								
— je Einwohner in US-Dollar	397	508	598	676	697	617	528	408
— in vH des Exportes	266	298	281	250	214	157	123	97
Zinszahlungen in vH der Exporte	14	18	23	27	29	17	10	9

<sup>1)</sup> Soweit statistisch nachgewiesen. Jeweils am Ende des Berichtszeitraums. — <sup>2)</sup> Kumulierter Passivsaldo der DDR, in US-Dollar umgerechnet. — <sup>3)</sup> Geschätzt anhand der Nettoverschuldung (ohne Swing). Für die Zinshöhe wurden folgende durchschnittliche Sätze verwendet (vgl. die Jahresberichte der ECE): 1977: 5,6 v. H., 1978: 6,2 v. H., 1979: 8,5 v. H., 1980: 11,1 v. H., 1981: 13,9 v. H., 1982: 11,0 v. H., 1983: 8,6 v. H., 1984: 8,9 v. H. — <sup>4)</sup> In die westlichen Industrieländer („kapitalistischen Industrieländer“) nach der DDR-Statistik; umgerechnet in US-Dollar über den Rubelkurs.

Quellen: BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich): Halbjahresstatistik. Forderungen und Verpflichtungen der berichtenden Banken, ohne innerdeutschen Kapitalverkehr, ohne Bankinstitute, die der BIZ nicht berichteten, ohne Kredite von Nichtbanken und Lieferantenkredite. — BIZ/OECD: Statistics on external indebtedness: Bank and Traderelated non-bank external Claims on individual borrowing countries and territories. Die Berichterstattung (öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite) beginnt 1982. 1977 bis 1981: Schätzungen. — Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel: Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI) — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

sondern vielmehr auf die Aufstockung der Guthaben zurückzuführen. Sie beliefen sich Mitte 1985 auf 5,3 Mrd. US-Dollar. Folgt man den Interpretationen aus der DDR — „Liquidität geht vor Rentabilität“ —, dann ist dies eine Reaktion auf die außerordentlich prekäre Liquiditätslage zu Beginn der achtziger Jahre.

In der Sicht der westlichen Banken gilt die DDR inzwischen wieder als zuverlässiger Kreditnehmer. Die geplanten Summen der größeren Finanzkredite der beiden vergangenen Jahre wurden wegen des großen Interesses der Banken fast immer überschritten (1984: insgesamt rund 0,9 Mrd. US-Dollar, 1985: insgesamt rund

1,1 Mrd. US-Dollar). Zu der neuerlichen Kehrtwendung in der Einschätzung der Banken dürfte — neben der pünktlichen Zahlungsweise der DDR — auch der Mitte 1983 überraschend zustande gekommene Finanzkredit von zahlreichen westdeutschen Bankinstituten in Höhe von 1 Mrd. DM, mit einer Garantieerklärung der Bundesregierung, beigetragen haben.

Innerhalb des Westhandels gab es große Unterschiede in der Entwicklung von innerdeutschem Handel und sonstigem Westhandel. Ein besonderer Konsolidierungszwang bestand für die DDR wegen der hohen Verschuldung und der restriktiven Politik der westlichen Banken im sonstigen

Westhandel. Mit einem gewaltigen Kraftakt wurden hier 1982 die Importe erheblich reduziert und die Exporte erhöht. Dagegen war die Schuldnerposition gegenüber der Bundesrepublik besser. Der Schuldenstand war absolut geringer und die Relation von Schuldenstand zu Lieferungen viel günstiger. Auch hatte die DDR schon seit 1980 im innerdeutschen Handel einen Überschuß. So war sie in der Lage, die dringend benötigten Westimporte im innerdeutschen Handel zu beschaffen und damit die negativen Folgen der restriktiven Importpolitik gegenüber den westlichen Ländern insgesamt in vertretbarem Rahmen zu halten.

Die Exporterfolge im Westhandel wurden allerdings weniger von den traditionellen Exportin-

dustrien (Investitionsgüterindustrien, Verbrauchsgüterindustrien) erzielt, sondern im Grundstoffbereich. Mineralölerzeugnisse machten einen großen Teil der Exportsteigerungen aus; sie haben — selbst nach dem Rückgang 1984 — immer noch einen Anteil von 25 v. H. aller Westexporte. Außerdem hat die DDR offenbar nicht nur Mineralölprodukte, sondern auch Rohöl verkauft, um ihre Liquiditätsengpässe zu überwinden.

Gegenüber der Sowjetunion hatte die DDR — wie die sowjetische Statistik ausweist — bis 1984 ein Handelsdefizit. Hier steht die Konsolidierung und die Tilgung der seit 1975 angelaufenen Verpflichtungen noch aus.

## V. Zusammenfassung und Perspektiven

Insgesamt dominierten in den letzten fünf Jahren positive Momente. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum war mit jährlich rund 4 v. H. beachtlich. Der überhöhte spezifische Material- und Energieverbrauch wurde gesenkt, die Außenhandelsprobleme entschärft. Allerdings war die außenhandelsorientierte Politik von Wachstumsverlusten begleitet. Diese zeigten sich unmittelbar in einer Verschlechterung der Versorgungslage; längerfristig dürfte auch die restriktive Investitionspolitik noch Nachwirkungen haben.

Der Strukturwandel zugunsten der einheimischen Rohstoffquellen impliziert Probleme. So ist der Einsatz von Braunkohle mit erheblichen Umweltschäden verbunden. Eine höhere Veredlung der Produktion ist bislang auf die Grundstoffindustrien, d. h. auf die Chemie und die Metallurgie, beschränkt geblieben. Die vorgesehene Modernisierung in der Elektrotechnik und im Maschinenbau steht dagegen noch aus, ebenso die Qualitätsverbesserungen in der Konsumgüterindustrie.

Grundsätzlich dürften die Bedingungen für das künftige Wachstum besser geworden sein. Das bedeutet jedoch nicht, daß auch die Politik der Intensivierung aufgegeben wird; denn Knappheit wird nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung beherrschen. Im Westhandel werden die wirtschaftlichen Importmöglichkeiten von den eigenen Exportchancen abhängig sein. Hier liegen in Zukunft sicherlich größere Probleme. Die Verschiebungen innerhalb der Exportstruktur zugunsten der Mineralölprodukte in den vergangenen Jahren sind wohl kaum eine langfristige effiziente Strategie. Vielmehr müssen an ihre Stelle in Zukunft wieder die traditionellen Exportgüter treten. Das aber bedeutet, die Industrie in aller Breite zu modernisieren und das Angebot zu ver-

bessern. Das wird sicherlich nur schrittweise möglich sein, so daß sich der Export und konsequenterweise auch der Import kaum sehr erheblich steigern lassen. Eine erneute Zunahme der Nettoverschuldung im nächsten Fünfjahrplanzeitraum ist eher unwahrscheinlich.

Im Handel mit der Sowjetunion hat das Protokoll über die Plankoordinierung eine reale Umsatzsteigerung von 3 v. H. festgelegt. Diese moderate Steigerung bedeutet keine zunehmende Ostorientierung des DDR-Außenhandels. Die vereinbarten Rohstofflieferungen sind — verglichen mit dem Ergebnis von 1984 — konstant oder nur geringfügig größer. Die gesamte Konstellation im Außenhandel läßt sich also als Fortsetzung der Politik der Sparsamkeit interpretieren.

Nach den Jahren einer „austerity-Politik“ bei den Investitionen wäre im nächsten Fünfjahrplan durchaus die Notwendigkeit vorhanden, mit einem großangelegten Investitionsprogramm das Anlagevermögen zu erweitern und zu erneuern. Es ist jedoch fraglich, ob es zu einer überproportionalen Investitionsaktivität kommen wird. In der Rangfolge der inländischen Ziele hat die Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung offenbar einen sehr hohen Stellenwert. Erweiterung und Qualitätsverbesserungen des Warenangebots sowie der Abschluß des Wohnungsbauprogramms bis 1990 werden den größeren Teil der Kapazitäten binden. Für eine expansive Investitionspolitik dürfte kein großer Spielraum vorhanden sein.

Wenn diese Einschätzung richtig ist, dann ist der nächste Fünfjahrplan kein Programm des Wandels, sondern ein Plan zur Stabilisierung des Erreichten.

# Technologischer Wandel in der Industrie der DDR 1945–1985

## I. Die Bedeutung des technologischen Wandels

Der XI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der vom 17. bis 21. April 1986 in Berlin stattfindet, wird dem technologischen Wandel abermals große Bedeutung für die weitere Entwicklung der DDR beimessen. Technologischer Wandel — die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, die Verbesserung existierender Technologien und die allgemeine Verbreitung moderner Technologien in der Volkswirtschaft — hat nämlich schon immer einen zentralen und positiv bewerteten Platz in der orthodox-marxistischen Ideologie eingenommen.

Marx schrieb, daß der Konkurrenzkampf den Kapitalisten zwingt, seine Produktionsmittel ständig zu verbessern, und daß die Industrie „vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion“ abhängt<sup>1)</sup>. Schließlich aber würden die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus der Entwicklung der Produktivkräfte Schranken setzen. Dieser antagonistische Widerspruch werde durch Klassenkampf und Wirtschaftskrisen gekennzeichnet und könne nur durch die sozialistische Revolution aufgelöst werden.

Lenin wies der Wissenschaft und Technologie eine entscheidende Rolle bei der Industrialisierung und Entwicklung der Sowjetunion zu und forderte das „Einholen und Überholen“ der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Er räumte aber ein, daß es nicht leicht sein werde, die reichen „Schätze an Kultur, Wissen und Technik, alles das aus einem Werkzeug des Kapitalismus zu einem Werkzeug des Sozialismus zu machen“. Bürgerliche Spezialisten müßten „aus Dienern des Kapitalismus zu Dienern der werktätigen Massen“ avancieren<sup>2)</sup>.

Stalin betonte angesichts des heraufziehenden Krieges, daß ein schneller technologischer Wandel für das Überleben des Landes unentbehrlich sei. Die UdSSR sei hinter den fortgeschrittenen

Ländern um fünfzig bis hundert Jahre zurück. Werde dieser Abstand nicht innerhalb von zehn Jahren aufgeholt, so würde das Land „zermalmt“ werden. Es sei an der Zeit, daß die Bolschewiki selbst zu Spezialisten würden. „Man sagt, es sei schwer, die Technik zu meistern. Falsch! Es gibt keine Festungen, die die Bolschewiki nicht nehmen könnten<sup>3)</sup>. Obwohl die UdSSR im Zweiten Weltkrieg nicht „zermalmt“ wurde, erlitt sie enorme personelle und wirtschaftliche Verluste. Trotz des beachtlichen Fortschritts im „Meistern der Technik“ während der Herrschaft Stalins, konnte die technologische Lücke zwischen der UdSSR und dem Westen in den meisten Industriebranchen nicht geschlossen werden. Deshalb erhob Stalins Nachfolger Chruschtschow die Forderung, die USA in der Pro-Kopf-Produktion „einzuholen und zu überholen.“

Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 wurde die Wissenschaft als „unmittelbare Produktivkraft“ bezeichnet, und die folgenden Jahre in Osteuropa standen im Zeichen eines erhöhten theoretischen Interesses an dem Verhältnis zwischen Wissenschaft, Technik und gesellschaftlicher Entwicklung. Dieses Interesse fand Ausdruck in Konzepten wie „wissenschaftlich-technischer Fortschritt“, „technische Revolution“ und „wissenschaftlich-technische Revolution“<sup>4)</sup>.

Für die SED-Führung war wirtschaftlicher Erfolg durch technologischen Wandel eine Voraussetzung für ihre Legitimation. Sie wollte die Anerkennung ihrer Bürger gewinnen, die UdSSR davon überzeugen, daß die DDR ein politisch zuverlässiger und technologisch interessanter Juniorpartner im Comecon sei, und nicht zuletzt wollte sie die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus demonstrieren<sup>5)</sup>. Der „Wettbe-

<sup>1)</sup> K. Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin (Ost) 1974, S. 592.

<sup>2)</sup> W. I. Lenin, in: *Werke*, Band 27, Berlin (Ost) 1972, S. 407–409.

<sup>3)</sup> J. Stalin, in: *Fragen des Leninismus*, Berlin (Ost) 1951, S. 398–401.

<sup>4)</sup> Zu diesen Begriffen siehe z. B. *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1978, und *DDR Handbuch*, Köln 1985.

<sup>5)</sup> Comecon = Council for Mutual Economic Assistance (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Im Jahr 1949 gegründete Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Länder.



werb der beiden Weltsysteme“ war für die DDR weit mehr als ein theoretisches Postulat. Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten teilt sie ihre Sprache, Geschichte und kulturelle

Tradition mit einem westlich-kapitalistischen Land. Die Aufgabe der DDR war — und ist noch immer — das „Einholen und Überholen“ der Bundesrepublik Deutschland.

## II. Die technologischen Niveaus der Industrie in der DDR

Sowohl Bemerkungen politischer Führer der DDR als auch westlicher Beobachter und Besucher des Landes weisen auf ein niedrigeres Niveau der Technologie in der DDR als in der Bundesrepublik hin. Nur selten jedoch werden solche Äußerungen mit konkreten Einzelheiten belegt. Neben der restriktiven Informationspolitik der DDR-Behörden ist ein weiterer Grund hierfür in den methodologischen Schwierigkeiten von Ost-West-Vergleichen zu sehen.

Zwei globale Indikatoren des technologischen Niveaus sind Produktivität und Handelsstruktur. Seit Bestehen der DDR sind östliche wie westliche Ökonomen übereinstimmend der Auffassung, daß die DDR einen Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik aufweise. Schätzungen dieses Rückstandes weichen allerdings voneinander ab: *Neues Deutschland* bezifferte ihn 1982 mit 30 %<sup>6)</sup>. Die Handelsstruktur zwischen den beiden deutschen Staaten deutet darauf hin, daß die DDR Güter importiert, die sich auf einem höheren technologischen Niveau befinden als die, welche sie exportiert. Während die wichtigsten Einfuhren der DDR aus der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aus chemischen Produkten, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen bestanden, waren die wichtigsten Lieferungen der DDR an die Bundesrepublik Mineralölzeugnisse, Textilien und Bekleidung. Zwar hatten auch chemische Produkte einen bedeutenden Anteil an den Lieferungen der DDR, aber ihr Gesamtwert war um 28 % geringer als der des entsprechenden Bezugs aus der Bundesrepublik<sup>7)</sup>.

Eine detailliertere Analyse des technologischen Entwicklungsniveaus der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik und anderen Ländern, die auf der Grundlage von teilweise neu gewonnenen Statistiken erstellt wurde, zeigt, daß die drei wichtigsten Industriebereiche in der DDR — Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Elektronik und Gerätebau sowie die chemische Industrie — hinter den entsprechenden Berei-

chen in der Bundesrepublik zurückbleiben. Die technologische Lücke auf dem Sektor Elektrotechnik, Elektronik und Gerätebau scheint am größten zu sein. Im Vergleich zur Bundesrepublik weist die DDR eine besondere Schwäche bei „progressiven“ Technologien wie Gerätebau, Elektronik, Datenverarbeitung, synthetische Fasern und Kunststoffe auf. Dennoch hat die DDR im Maschinenbau und bei chemischen Erzeugnissen eine führende Position in Osteuropa inne und ein achtbares technologisches Niveau im Weltmaßstab aufzuweisen<sup>8)</sup>.

Das deutsch-deutsche technologische Gefälle kann durch ausschließlich systemunabhängige Faktoren wie die für die DDR ungünstigeren Startbedingungen und die geringeren Rohstoff- und Energieressourcen nicht zufriedenstellend erklärt werden. Sicherlich hatte ihre Industrie unter umfangreicheren Kriegsschäden und größeren Einbußen durch Demontagen zu leiden. Die DDR mußte höhere Reparationen leisten, sie erhielt keine dem Marshallplan vergleichbare Hilfe, und sie wurde von ihren traditionellen Handelspartnern im westlichen Deutschland, dabei insbesondere von der Schwerindustrie im Ruhrgebiet, abgeschnitten.

Obwohl solche Faktoren eine wesentliche Rolle bei der technologischen Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Staaten während der ersten Nachkriegszeit spielten, gab es wichtigere, eher systemabhängige Determinanten der deutsch-deutschen technologischen Lücke der späten sechziger und der nachfolgenden Jahre. Erstens erlitt die DDR einen erheblichen Verlust an qualifizierten und ausgebildeten Personen durch Abwanderung in den Westen. Bis zum Mauerbau verlor sie mehr als zweieinhalb Millionen ihrer Bürger an die Bundesrepublik, darunter etwa ein Drittel ihrer Akademiker. Zweitens war die DDR gezwungen, ihre Handelsbeziehungen stark auf Osteuropa zu orientieren. Dadurch hatte die DDR einen im Vergleich zur Bundesrepublik begrenzteren Zugang zu modernen Technologien

<sup>6)</sup> *Neues Deutschland* vom 27./28. 11. 1982, S. 3.

<sup>7)</sup> Zur Entwicklung des deutsch-deutschen Handels im Zeitraum von 1980 bis 1984 siehe *Deutschland Archiv*, (1982) 5, S. 556f., (1984) 5, S. 555f., (1985) 9, S. 1018f.

<sup>8)</sup> R. Bentley, *Technological Change in the German Democratic Republic*, Boulder (Col.) — London 1984, S. 11f.

und war einem geringeren, aus dem internationalen Wettbewerb entstehenden Druck zur technologischen Innovation ausgesetzt. Ein dritter Faktor, der eng mit den beiden ersten verbunden ist, besteht darin, daß die Kapazität für technologischen Wandel in der DDR bis zum heutigen Tag schwächer ist als in der Bundesrepublik.

Um die Kapazität eines Landes für technologischen Wandel einschätzen zu können, ist es notwendig, seine Forschungs- und Entwicklungsbemühungen sowie Aspekte seines wirtschaftlichen und politischen Systems in Betracht zu ziehen. Teil III dieses Aufsatzes befaßt sich mit den Quellen und Hindernissen des technologischen Wandels in der DDR innerhalb ihres FuE-Systems<sup>9)</sup> sowie mit Ähnlichkeiten und Unterschieden

zwischen der DDR und anderen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik und der UdSSR. Teil IV analysiert wichtige Hemmnisse des technologischen Wandels innerhalb des traditionellen Zentralplanungssystems, welches bis 1962 in Kraft war, und Teil V betrachtet die Kräfte, die diesen Hemmnissen entgegenwirkten. Teil VI untersucht den technologischen Wandel im „Neuen Ökonomischen System“ (NÖS), das 1963 das traditionelle Zentralplanungssystem ablöste. Teil VII befaßt sich mit Ulbrichts ehrgeiziger Strategie für technologischen Wandel ab 1968, die eine wichtige Rolle beim Abbruch des NÖS im Jahr 1970/71 spielte. Teil VIII erörtert schließlich den technologischen Wandel in der Post-NÖS-Ära von 1971 bis 1985 unter Honecker<sup>10)</sup>.

### III. Die Forschungs- und Entwicklungsbemühungen der DDR<sup>11)</sup>

Nimmt man die verfügbaren DDR-Statistiken über das gesamte, vor allem über das industrielle FuE-Personal, so hat es den Anschein, als habe die DDR eine größere relative FuE-Bemühung unternommen als die Bundesrepublik (bezogen z. B. auf die Zahl der Industriebeschäftigten), obgleich ihre absolute FuE-Anstrengung geringer ist. Aber der Begriff von „Forschung und Entwicklung“ ist in der DDR breiter gefaßt als die in den westlichen Ländern gängige OECD-Definition, da er auch unterstützende Tätigkeiten wie Routinearbeit, Dokumentation und Standardisierung einschließt<sup>12)</sup>. Gemessen an der OECD-Definition war die industrielle FuE-Bemühung in der DDR also nicht nur absolut, sondern sehr wahrscheinlich auch relativ kleiner als in der Bundesrepublik. Dagegen schneidet die DDR

günstig ab, wenn der Umfang ihrer FuE mit anderen OECD-Staaten als der Bundesrepublik verglichen wird.

Ein wichtiges Problem der DDR betrifft die Richtung ihrer FuE-Anstrengungen. Mindestens bis Mitte der sechziger Jahre legte die DDR relativ mehr Gewicht auf die Maschinenbauforschung als die Bundesrepublik und beträchtlich weniger auf die Chemieforschung. Ein wesentlicher Grund für ihren technologischen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik war, daß die DDR zu wenig FuE in den „modernen“ Industriebranchen wie Kunststoffe, Datenverarbeitung und elektrischer Maschinen- und Apparatebau betrieb. Eine weitere Schwäche der FuE-Bemühungen in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik resultierte aus dem Mangel an qualifiziertem technischen Personal.

Andere Probleme der industriellen und akademischen FuE in der DDR waren auch für die UdSSR charakteristisch. Das am höchsten qualifizierte FuE-Personal zog es eher vor, in der Akademie der Wissenschaften oder in Instituten statt in betrieblichen FuE-Einrichtungen zu arbeiten. Ausrüstungen und Lieferungen für FuE-Arbeit waren nur schwer zu bekommen, und die Verbindung zwischen Entwicklung und Produktion war keineswegs zufriedenstellend.

Forschung und Entwicklung in der DDR zeigten jedoch auch einige Eigenschaften, die eher für das westliche als für das sowjetische System typisch waren. So fand in der DDR der größte Teil der industriellen FuE am oder unweit vom Produktionsstandort statt, während in der UdSSR

<sup>9)</sup> FuE = Forschung und Entwicklung.

<sup>10)</sup> Einige wichtige Aspekte des technologischen Wandels in der DDR müssen im folgenden unberücksichtigt bleiben, so z. B. der Technologietransfer aus dem Westen, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit anderen RGW-Ländern, das Patentsystem usw.

<sup>11)</sup> Weitere Einzelheiten und Statistiken zu diesem Thema sowie erste Vergleiche der FuE-Bemühungen der DDR mit denen der Bundesrepublik und anderen Ländern sind in R. Bentley (Anm. 8), insbesondere in Kapitel 3, Kapitel 7 und den Anlagen zu finden. Für bundesdeutsche Arbeiten über FuE in der DDR siehe z. B. A. Scherzinger, *Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR*, Berlin (West) 1977, sowie Institut für Gesellschaft und Wissenschaft Erlangen, *abg* Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft.

<sup>12)</sup> OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development. Siehe *The Measurement of Scientific and Technical Activities*. „Frascati Manual“, Paris 1981.

die meisten FuE-Beschäftigten in geographisch vom Betrieb fern gelegenen Instituten arbeiteten. Akademische Forschungseinrichtungen in der DDR waren auch geographisch weniger weit von der Industrie entfernt als entsprechende Institutionen in der UdSSR, und wahrscheinlich spezialisierten sie sich in größerem Ausmaß auf Probleme, die für die örtliche Industrie wichtig waren. Ähnlich wie im Westen war die administrative Trennung zwischen industrieller FuE einerseits und der Produktion andererseits in der DDR weniger stark ausgeprägt als in der UdSSR. Während sowjetische Forschungsinstitute den Ministerien angegliedert waren, wurden in der DDR

ab 1963 die meisten Forschungsinstitute den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und ab 1968 den Kombinat unterstellt. Die Gruppierung von Betrieben und Forschungsinstituten in den VVB und später in den Kombinat war formal eher mit der Organisation eines westlichen Unternehmens zu vergleichen als mit der sowjetischen Struktur von Forschung, Entwicklung und Produktion. In den siebziger Jahren führte die UdSSR eine organisatorische Reform in der Industrie durch, welche insbesondere darauf zielte, die administrative Trennung im Innovationsprozeß zu überwinden. Es wurden DDR-ähnliche Kombinate und VVB gegründet: *Ob'edinenie*.

## IV. Hindernisse für den technologischen Wandel innerhalb des traditionellen Zentralplanungssystems 1945–1962

### 1. Schematismus und Widerstand

Unter den Anhängern des SED-Regimes war zunächst die Auffassung verbreitet, daß die Zentralplanung alle Aspekte der Volkswirtschaft, einschließlich den des technologischen Wandels, wirksam und quasi im Selbstlauf regeln werde. Andererseits waren viele Wissenschaftler der Meinung, daß die Planung von Forschung und Technik ein hemmendes Korsett sei, welches die Initiative behindere. Die Mehrzahl derjenigen, die mit der Zentralplanung betraut waren, verfügte über wenig Planungserfahrung und technisches Wissen. Die Konsequenzen davon waren schlechte Planformulierung und mangelhafte Übersicht bei der Planausführung. Die Planung von Forschung und Technik wurde zu stark an die Planung der Produktion angelehnt, und bis zum Anfang der sechziger Jahre blieben die spezifischen Eigenschaften der verschiedenen Industriebranchen ungenügend berücksichtigt.

Die Parteiführung und die Bürokraten der höchsten Ebene hatten offensichtlich überhöhte Erwartungen, was die Präzision in der FuE-Planung betraf. Eine extreme, aber nicht ungewöhnliche Ansicht lautete, daß alle Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung „genutzt“, alle neuen Konstruktionen in die Produktion eingeführt und — im allgemeinen — alle Pläne für Forschung und Technik erfüllt werden sollten. Sicherlich war die Kritik berechtigt, daß FuE in der DDR oft etwas langsam vorangehe und daß es beträchtliche Verzögerungen gebe, FuE-Ergebnisse in die Produktion überzuleiten. Fraglich ist jedoch, ob die verspätete Erfüllung des sogenannten „Planes Neue Technik“ (d. h. der Aufgaben im Bereich Forschung und Technologie) un-

bedingt zu tadeln war: Planerfüllung hängt von der Art der FuE-Arbeit und von den Kriterien der „Erfüllung“ ab. Es ist auch zweifelhaft, ob abgebrochene FuE-Aufgaben immer — wie behauptet — einen Verlust für die Volkswirtschaft darstellen. Denn abgebrochene Projekte sind abgeschlossenen, aber technisch überholten Innovationen vorzuziehen und haben vermutlich zumindest wertvolle wissenschaftlich-technische Informationen erbracht.

### 2. Bürokratie und Schwierigkeiten bei der Planungskoordination

Im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes (1951 bis 1955) wurde offensichtlich, daß die Wirtschaft der DDR an einer Überkonzentration von Entscheidungsbefugnissen und einem Übermaß an Dokumentationsarbeit litt. Die zentralen Organe hatten keine gute Übersicht über die Volkswirtschaft und konnten nur selten beurteilen, welche technologischen Änderungen im Betrieb notwendig oder möglich waren.

Ab 1954 wurde versucht, diese Situation zu verbessern, indem den mittleren und unteren Ebenen größere wirtschaftliche und administrative Freiheit gewährt wurde. Die Verwirklichung dieses Konzepts einer begrenzten Dezentralisierung war jedoch enttäuschend. Während die unteren Ränge manchmal ihre neugewährten Rechte benutzten, um sich der Planung und Leitung von Wissenschaft und Technik entgegenzusetzen, war man auf höherer Ebene nicht gewillt, Befugnisse abzutreten. Walter Ulbricht bemängelte, daß die Maßnahmen in vielen Fällen von den Mitarbeitern der Hauptverwaltungen und Ministerien in einen „bürokratischen Zentralismus“ verfälscht

würden, der die „Werkleiter zu Laufjungen von Berliner Stellen“ mache, ihre Bewegungsfreiheit einenge und ihre Initiative lähme<sup>13)</sup>.

„Unsinnige Bürokratie“, beklagte Ulbricht, gebe es in der Forschung und Entwicklung. Nach einer festgelegten Ordnung wären bis zur Freigabe eines abgeschlossenen Entwicklungsauftrages 61 Verwaltungsakte, Beratungen, Besprechungen und Genehmigungen vorzunehmen<sup>14)</sup>.

Die Koordination von Plänen war schwerfällig. Die Pläne, welche sich direkt mit dem technologischen Wandel befaßten, waren weder untereinander noch mit anderen wichtigen Plänen wie denen für Produktion, Material, Investitionen usw. entsprechend abgestimmt. Daher wurden die verschiedenen Etappen vom Beginn der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bis zur Produktionsaufnahme voneinander losgelöst und unkontrolliert durchlaufen: Es fand eine Art „Staffellauf“ statt. Insbesondere war die Planung von Materialien viel zu starr. Bei Forschungs- und Innovationsarbeit ist es aber besonders wichtig, sich schnell neuen Bedingungen anpassen zu können. Laut Gesetz mußten beispielsweise im Jahr 1961 alle Materialanforderungen einschließlich Zulieferungen elektrischer Baueinheiten für das kommende Jahr bis zum 30. Mai bestellt werden. Wenn ein Kollektiv von Wissenschaftlern und Konstrukteuren im August 1961 eine Entwicklungsaufgabe abschloß, war aufgrund des Gesetzes eine Materiallieferung für das Jahr 1962 nicht mehr möglich. Erst im Jahr 1963 konnte die im August 1961 getätigte Materialbestellung realisiert werden.

### 3. Probleme bei der Projektauswahl

Eine in DDR-Schriften vertretene Auffassung war, daß FuE-Projekte im Sozialismus „rationeller“ als im Kapitalismus ausgewählt werden könnten. Die zentralen Organe könnten sicherstellen, daß solche Projekte durchgeführt würden, die für die Volkswirtschaft und nicht nur für einzelne Firmen von Nutzen seien. Überdies könnten sie Doppelarbeit in FuE ausschließen.

In der Praxis verlief die Projektauswahl in der DDR weniger „rationell“. Durch ihre administrative Distanz zu Betrieb und Forschungsinstitut und durch die aufgeblähte Bürokratie war es den zentralen Organen beinahe unmöglich, FuE-Projekte nach ihrer Relevanz für die Volkswirtschaft

zu beurteilen und zu entscheiden, welche Projekte in den Zentralplan aufgenommen und welche der Verantwortung der Betriebe überlassen werden sollten. Das Ziel, Forschungsthemen zu konzentrieren und Doppelarbeit zu eliminieren, konnten sie ebenfalls kaum verwirklichen.

Forschungsinstitute wurden oft gerügt, weil sie sich „Hobbyforschung“ erlaubten, und für die Betriebe bestand meist wenig finanzieller Anreiz, FuE-Ergebnisse, die einen beträchtlichen technologischen Fortschritt darstellten, in die Produktion überzuführen. Ob jedoch Parallelprojekte immer eine Verschwendung von Finanz- und Arbeitsressourcen bedeuten, ist zweifelhaft. Erfahrungen im Westen zeigen, daß unabhängige, parallel laufende FuE-Projekte, die das gleiche Ziel haben, eine nützliche Strategie sein können.

In der Projektauswahl wurden die Bedürfnisse der Kunden und der Volkswirtschaft vernachlässigt. Die Marktforschung war unterentwickelt. Zahlreiche Betriebe produzierten nicht bedarfsgerechte Erzeugnisse, die kaum oder nur sehr schwer abgesetzt werden konnten. Das FuE-Personal war oft nicht sonderlich am ökonomischen Nutzen eines Projekts interessiert und gab sich mit den jeweiligen Forschungsergebnissen zufrieden. Ob eine Aufgabe erfüllt war oder nicht, wurde lange Zeit lediglich an der Inanspruchnahme der in den Plan eingesetzten finanziellen Mittel gemessen.

Die Prozedur der Projektauswahl war zumindest formell nicht auf das FuE-Kollektiv und das Zentralplanungsorgan beschränkt. „Verteidigungsgremien“ und „zentrale Arbeitskreise“ sollten Kontrollfunktionen ausüben, doch war ihre Leistung unzureichend. Die Überprüfung der Forschungsvorhaben im zentralen Arbeitskreis erfolgte unter Kollegen nicht selten nach dem Motto: „Tust du mir nichts, tu' ich dir nichts!“, und im Betrieb war die „Verteidigung“ häufig eine Formsache, die das Bedürfnis des zukünftigen Kunden und den möglichen externen Sachverstand ungenügend berücksichtigte.

### 4. Das betriebliche Prämiensystem

Das Zusammenwirken von drei Faktoren war maßgeblich dafür verantwortlich, daß das betriebliche Prämiensystem die Einführung von neuen und verbesserten Technologien behinderte. Erstens betrachteten die übergeordneten Wirtschaftsorgane und deshalb auch die Betriebe den Produktionsoutput als die bei weitem wichtigste Aufgabe. Zweitens wurde betrieblicher Erfolg nicht absolut, sondern relativ zum Plan gemessen. Drittens war für den technologischen Wandel der operative Planzeitraum oft zu kurz.

<sup>13)</sup> W. Ulbricht, *Fragen der politischen Ökonomie der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) 1955, S. 17.

<sup>14)</sup> *Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945*, Berlin (Ost) 1960, S. 581.

Haupterfolgskennziffer für den Betrieb war meist die „Bruttoproduktion“. Ein wichtiger Grund für die wiederholt beklagte langsame Überleitung von FuE-Ergebnissen in die Produktion war, daß die notwendige Unterbrechung und Änderung des Produktionsablaufs die Erfüllung der Plankennziffer „Bruttoproduktion“ gefährden könnte. Ein weiterer Grund ergab sich aus dem Wesen der Hauptkennziffer selbst. Wenn sie an der Stückzahl gemessen wurde, versuchte der Betrieb, möglichst viele Produkte herzustellen und vernachlässigte Qualität und Sortiment. Wenn sie am Gewicht gemessen wurde, versuchte der Betrieb, materialintensiv zu produzieren. Wenn sie im Preis ausgedrückt wurde, war der Plan leichter zu erfüllen, wenn so viel teures Material wie möglich verwendet wurde.

Betrieblichen Erfolg relativ zum Plan zu messen bedeutete, daß Betriebe ein Interesse hatten, „weiche Pläne“ zu erhalten, d. h. Planziele, die leicht zu erfüllen waren. Sie versuchten im betreffenden Jahr aber nicht, die Planziele so weit wie möglich überzuerfüllen und deshalb sehr hohe Prämien zu erhalten, da sie wußten, daß ihre tatsächliche Planerfüllung von den Zentralplanern zur Grundlage der Planziele für das kommende Jahr genommen würde. Prämien für die nachfolgenden Jahre wären dann nur mit äußerster Mühe oder gar unmöglich zu erreichen gewesen.

„Harte“ Produktionspläne behinderten den technologischen Wandel. Da solche Pläne nur schwer zu erfüllen waren, konnten es sich die Betriebe nicht leisten, den Produktionsfluß zu unterbrechen, um neue Technologien einzuführen. Auch im Falle weicher Produktionspläne war es zweifelhaft, ob technologische Innovationen für den Betrieb vorteilhaft sein würden. Denn die Zentralplaner konnten ja die neu eingeführten Technologien gleich in ihren nächsten Produktionsplänen berücksichtigen und höhere Planziele für Produktion, Arbeitsproduktivität usw. auferlegen.

Der operative Planzeitraum betrug ein Jahr. Obwohl FuE-Arbeit meistens einige Jahre dauerte,

mußten FuE-Projekte jährlich geplant und Materialien, Personal und Finanzmittel von Jahr zu Jahr neu disponiert werden. Die Betriebe neigten deshalb dazu, ihre wissenschaftlich-technische Arbeit dem Rhythmus des Planjahres anzupassen. Sie bevorzugten kurzfristige FuE-Arbeit mit geringem Risiko und versuchten Lieferungsprobleme zu vermeiden, indem sie die FuE-Projekte in den Jahresplan aufnehmen ließen.

## 5. Preise

Ein Betrieb, der technologisch veraltete Produkte herstellte, arbeitete in vielen Fällen rentabler, als wenn er neue Erzeugnisse hergestellt hätte. Die Produktion veralteter Erzeugnisse führte auch zu einer besseren Erfüllung anderer Plankennziffern wie Bruttoproduktion und Arbeitsproduktivität.

Ein Grund dafür waren die zusätzlichen Kosten bei der Einführung neuer Technologien — die sogenannten Anlaufkosten, die im ersten Herstellungsjahr am höchsten waren. Ein Teil der Anlaufkosten wurde durch den Staat gedeckt, den übrigen Teil mußte der Betrieb jedoch über den Preis in einem längeren Zeitraum erwirtschaften.

Noch wichtigere Gründe resultierten aus der Tatsache, daß Preise fest und im allgemeinen kostenbezogen waren. Festpreise hatten die Eigenschaft, daß die im Laufe der Zeit eintretende Selbstkostenabnahme sich in einer größeren Gewinnspanne niederschlug. Kostenpreise bestanden zunächst aus den betrieblichen Selbstkosten zuzüglich 6 % Gewinn. Wie in der UdSSR betrachteten viele DDR-Theoretiker Kostenpreise als richtige Anwendung der Marxschen Wertlehre, nach der Preise den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand widerspiegeln sollten. Dennoch behinderten diese Preise den technologischen Wandel, da Betriebe weder für neue Produkte, die niedrigere Selbstkosten aufwiesen, noch für Produkte, die bei gleichen Selbstkosten einen höheren Gebrauchswert hatten, belohnt wurden.

## V. Fördernde Kräfte für den technischen Wandel im traditionellen Zentralplanungssystem

Der grundlegende Stimulus für technologischen Wandel bestand im wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden deutschen Staaten. Er veranlaßte die Parteileitung und die Zentralplaner, sich für den technologischen Wandel durch besondere Direktiven und Pläne, durch ideologische Akzentu-

ierung und durch die verschiedenen Massenbewegungen einzusetzen.

Direktiven vermochten die Einführung neuer Erzeugnisse und Verfahren zu erzwingen und führten sogar zur Neugründung bzw. zum Neueinsatz

von Betrieben, FuE-Instituten und VVB (Vereinigungen Volkseigener Betriebe). Pläne für den technologischen Wandel hätten die Dominanz des traditionellen Produktionsplanes reduziert, wenn man die Betriebsprämien hauptsächlich von der Einführung neuer Technologien oder Erzeugnisse mit dem höchsten Gütezeichen „Q“ (Qualität) abhängig gemacht, dem Betrieb flexible Produktionspläne erteilt und die benötigten Lieferungen garantiert hätte.

Die ideologische Akzentuierung des technologischen Wandels nahm verschiedene Formen an. Führende Politiker betonten die Notwendigkeit, die Bundesrepublik in der Arbeitsproduktivität und in der Technologie einzuholen, und die Medien widmeten solchen Themen große Aufmerksamkeit. Für Leistungen in Forschung und technologischer Innovation wurden Personen, Kollektiven und Betrieben verschiedene Auszeichnungen und Privilegien gewährt. Weniger angenehm war ideologischer Druck in Form von öffentlichem Tadel von Betrieben, VVB und Leitern, besonders auf wichtigen Tagungen oder Konferenzen, vor allem, wenn dies durch die Parteiführung geschah.

Zu einem gewissen Grad dürften die Massenorganisationen wie die Parteiorganisation, die Gewerkschaftsbewegung, die „Aktivistenbewegung“, die „Neuererbewegung“ und die „Kammer der Technik“ der Zurückhaltung der Betriebsleitungen entgegengewirkt haben, technologischen Wandel zu verwirklichen<sup>15)</sup>. Daß sie

diese Zurückhaltung jedoch ganz überwunden hätten, muß bezweifelt werden, wenn man den vorhandenen Interessenkonflikt bedenkt. Die betriebliche Parteileitung sollte beispielsweise auch helfen, die Erfüllung des Produktionsplanes zu sichern. In einer ähnlichen Situation war die Gewerkschaftsbewegung, die zusätzlich auch die Interessen der Beschäftigten vertreten sollte. In der Neuererbewegung bestand das Problem darin, einerseits die technische Kreativität des einzelnen zu fördern und andererseits die Belegschaft zur Erfüllung des Plans kollektiv mobilisieren zu müssen.

Ein Faktor, der den technologischen Wandel förderte und nicht institutionalisiert vom Zentrum ausging, war die Eigeninitiative. Viele Personen identifizierten sich mit dem Ziel, die Bundesrepublik technologisch einzuholen. Eigeninitiative mag eine wesentliche Rolle dabei gespielt haben, die Inflexibilität und den unzulänglichen Anreiz des Planungssystems teilweise auszugleichen. Das FuE-Personal könnte seine Projekte gegen betriebliche Hindernisse bis zum Produktionsbeginn durchgesetzt haben. Von den Betrieben her mag der Plan durch informelle Kontakte ergänzt worden sein, um Lieferschwierigkeiten und andere Engpässe zu überwinden. Nicht zuletzt dürften wohl manche Betriebsleiter die technologische Innovation, trotz ihrer Nachteile für die allgemeine Planerfüllung, als eine ihrer wichtigsten Pflichten bzw. als auf längere Frist förderlich für ihre berufliche Karriere betrachtet haben.

## VI. Technologischer Wandel im Neuen Ökonomischen System 1963–1971

Zusammengenommen waren die Kräfte, die den technologischen Wandel im traditionellen Zentralplanungssystem der DDR förderten, schwächer als die, welche ihm entgegenwirkten. Während die politische Führung früher eine „falsche“ ideologische Haltung für das nicht zufriedenstellende Funktionieren des Wirtschaftssystems verantwortlich machte, potentielle Reformer wegen revisionistischer Tendenzen maßregelte und die Notwendigkeit betonte, den Planungsmechanismus zu vervollkommen, begann sie Anfang der sechziger Jahre, eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik zu erwägen. Motivierend wirkten die Stagnation der Wirtschaft, der freiere Ideenaustausch im Verlauf der Entstalinisierung, die Abriegelung der Grenze zur Bundesrepublik und die

Notwendigkeit, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Sehr einflußreich war die Liberman-Diskussion in der UdSSR, die ab September 1962 stattfand und zeigte, daß die UdSSR eine Reform ihres eigenen Systems erwog. Nachdem einige Betriebe in der DDR mit Reformideen experimentiert hatten, genehmigte der Ministerrat im Juli 1963 die „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“<sup>16)</sup>. Damit stellte sich die DDR zunächst an die vordere Front der wirtschaftlichen Reformbewegung in Osteuropa und leitete

<sup>16)</sup> *Gesetzblatt der DDR*, Teil II, Nr. 64 (1963), S. 453–498. Für einen allgemeinen Überblick des NÖS und die spätere Entwicklung siehe z. B. G. Leptin/M. Melzer, *Economic Reforms in East German Industry*, Oxford — London — New York 1978, und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, *Handbuch DDR Wirtschaft*, Reinbek 1984.

<sup>15)</sup> Zu diesen Organisationen siehe die Nachschlagewerke in Anm. 4.

ihre Reformen zwei Jahre vor der Sowjetunion ein.

Für einen Abbau der Planungstätigkeit und eine Minderung der Schwierigkeiten der Bürokratie und der Plankoordinierung waren verschiedene Maßnahmen von Bedeutung. Man wollte mehr Entscheidungsbefugnisse auf die unteren Ebenen der Wirtschaft übertragen. Die zentralen Organe sollten sich auf die wesentlichsten und längerfristigen Ziele konzentrieren, die Betriebe mehr Eigenverantwortlichkeit erhalten und die VVB sollten ökonomisch selbständig arbeiten. Einige Planungsprozeduren gedachte man durch monetäre Methoden zu ersetzen: „Ökonomische Hebel“ wie Gewinn, Preise, Prämien und Steuern sollten betriebliche und VVB-Aktivitäten in Richtungen steuern, die für die gesamte Volkswirtschaft von Nutzen waren. Nicht zuletzt sollten die Pläne vereinfacht werden. Die Zahl der Planteile im „Plan Neue Technik“ sollte beispielsweise von zwölf auf zwei schrumpfen.

Das Neue Ökonomische System (NÖS) führte auch monetäre Instrumente ein, um einerseits den zentralen Organen eine bessere Übersicht über wichtige Forschungsprojekte zu verschaffen und andererseits die Interessen der Betriebsleitung und des FuE-Personals dahin gehend zu stimulieren, Projekte auszuwählen, die geeignet schienen, beträchtlichen technologischen Wandel und eine Befriedigung der Kundenbedürfnisse herbeizuführen. In dieser Hinsicht waren die dezentralisierte Finanzierung von FuE sowie die geänderten Preis- und Prämiensysteme besonders wichtig.

Vor dem NÖS wurde der größte Teil industrieller FuE durch den Staatshaushalt finanziert. Im Oktober 1963 wurde die Bildung eines „Fonds Technik“ in den VVB angeordnet, der die wissenschaftlich-technische Arbeit in den unterstellten Betrieben und FuE-Stellen finanzieren sollte. Nur Aufgaben von besonderer Bedeutung für eine vorrangige Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft sollten noch unmittelbar vom Staatshaushalt finanziert werden. Ab Januar 1969 fand eine weitere Dezentralisierung in der Finanzierung von wissenschaftlich-technischer Arbeit statt. Jetzt hatten nicht nur die VVB, sondern auch die einzelnen Betriebe einen „Fonds Wissenschaft und Technik“ aus selbsterwirtschafteten Mitteln zu bilden. Da die meisten FuE-Aufgaben nun auf Auftragsbasis durchgeführt werden mußten, sollte das FuE-Personal einen Anreiz bekommen, sich mit kundenrelevanten Projekten zu beschäftigen.

Sehr interessante Maßnahmen wurden im Bereich der Preisbildung und des betrieblichen Prämiensystems im Zeitraum 1967 bis 1971 getrof-

fen. Im Jahr 1967 wurde eine neue, dynamische Methode der Preisbildung eingeführt, die dazu dienen sollte, die Herstellung neuer und verbesserter Produkte zu stimulieren und die Herstellung veralteter Erzeugnisse einzuschränken. Zunächst war ein zusätzlicher Gewinn im Preis enthalten, der einen Anteil am ökonomischen Nutzen des Produktes darstellte. Um die mit der Zeit zunehmende Rentabilität bei der Herstellung älterer Produkte zu vermeiden, nahm der Preis einen degressiven, stufenartigen Verlauf. Der damit verbundene spätere Betriebsverlust sollte schließlich das Auslaufen veralteter Erzeugnisse aus der Produktion erzwingen.

Schon zu Beginn des NÖS wurde eine wichtige Änderung im betrieblichen Prämiensystem vollzogen: „Bruttoproduktion“ wurde durch „Gewinn“ als Hauptkennziffer des betrieblichen Erfolges ersetzt. Im Jahr 1968 folgten Maßnahmen, um die Probleme der relativen Planerfüllung und des kurzen operativen Planzeitraums in Angriff zu nehmen. Betrieblicher Erfolg wurde jetzt absolut und über längere Zeiträume als ein Jahr gemessen. Perspektivpläne — zunächst für 1969 bis 1970 und 1971 bis 1975 — erlangten damit eine größere Bedeutung als die Jahrespläne.

Insgesamt war das Neue Ökonomische System ein beeindruckendes wirtschaftliches Konzept; theoretisch versprach es, den technologischen Wandel effektiver als zuvor zu stimulieren. In der kurzen Zeit, in der das NÖS in Kraft blieb, erwiesen sich seine Maßnahmen jedoch in der Praxis als ungenügend. Sie konnten die hartnäckigen Hindernisse, die das traditionelle Zentralplanungssystem dem technologischen Wandel entgegengesetzt hatte, höchstens etwas abbauen.

Immer noch wurde das Tempo der industriellen Innovation und Diffusion durch Probleme der Bürokratie, der Plankoordinierung und bei der Projektauswahl gebremst. Das System der degressiven Preise initiierte sogar Scheininnovationen, da Betriebe durch geringfügige Produktänderung höhere Preise erlangen konnten. Selten jedoch schlossen die Preise für neue Produkte einen Nutzenszuschlag ein; der ökonomische Nutzen eines neuen oder verbesserten Produktes ist grundsätzlich schwer zu berechnen, und Abnehmer in der DDR zeigten nur geringe Bereitschaft, notwendige Informationen für solche Berechnungen zur Verfügung zu stellen. Auch die Degressionskurve war von vornherein schwer zu bestimmen; oft wurde sie auf ein paar Stufen stark vereinfacht.

Betriebe fürchteten noch immer „harte Pläne“. Erstens waren sie vertraglich verpflichtet, bestimmte Produktionsziele zu erfüllen. Zweitens wurde nur die Hauptkennziffer absolut gemes-

sen, andere staatliche Plankennziffern wurden wie bisher relativ zum Plan gemessen. Nichterfüllung von zwei vorgeschriebenen Nebenkennziffern führte zu einer viel stärkeren Reduzierung der betrieblichen Prämien als in der Vergangenheit. Drittens hingen die Prämien für die Betriebsleiter von der Erfüllung der zwei Nebenkennziffern, der Wirtschaftsverträge, der Exportaufgaben und der Kontinuität der Produktion ab.

Ende 1970 wurde das Neue Ökonomische System faktisch aufgegeben. Im Herbst 1970 war es zu einer Wirtschaftskrise gekommen. Es gab ernste Lieferungsprobleme, Vertragsrückstände, Exportrückstände und verzögerte Investitionen. Eine wesentliche Rolle beim Abbruch des NÖS spielten die hohen Ziele des Volkswirtschaftsplanes in den Jahren 1969 und 1970 sowie eine ehrgeizige offensive Strategie für technologischen Wandel.

## VII. Ulbrichts Offensivstrategie für technologischen Wandel

1967/68–1971

Die Offensivstrategie war ein großangelegter Versuch der politischen Führung und der zentralen Organe, den technologischen Wandel zu beschleunigen. Sie dürfte aus Ungeduld bzw. Enttäuschung über den bisherigen Verlauf und die Ergebnisse des NÖS entstanden sein. Ehrgeiziges Ziel dieser Strategie, die 1967 konzipiert und 1968 begonnen wurde, war es, die damals gegebenen wissenschaftlich-technischen Niveaus in der Welt sozusagen zu überspringen. Die alte politische Maxime „einholen und überholen“ galt nun selbst als überholt: jetzt hieß es „überholen ohne einzuholen“. Diese Strategie orientierte sich auf das Setzen und Fördern technologischer Prioritäten, die Konzentration der Produktion und Forschung und eine engere Verflechtung akademischer Wissenschaft mit der Industrie.

„Pionier- und Spitzenleistungen“ sollten in Forschung und Technik auf einigen für die Volkswirtschaft sehr wichtigen oder „strukturbestimmenden“ Gebieten erbracht werden. Über die „strukturbestimmenden“ Technologien wurden keine ausführlichen Informationen veröffentlicht, doch lassen Produktionsstatistiken darauf schließen, daß es sich dabei um Bereiche handelte, in denen die DDR einen besonderen Rückstand hinter der Bundesrepublik hatte. Die strukturbestimmenden Bereiche wurden angeblich aus Prognosen der zukünftigen Entwicklung der Volkswirtschaft abgeleitet. Strukturbestimmende Betriebe wurden dem direkten Regiment der Zentralplaner unterstellt, die den Betrieben staatliche Plankennziffern für strukturbestimmende Aufgaben vorschrieben. Nichterfüllung dieser Plankennziffern hatte eine drastische Minderung der betrieblichen Prämienfondszuführung und möglicherweise den Verlust von Prämien für die Betriebsleitung zur Folge.

Eine intensive Konzentrationswelle fand ab 1968 statt, um die Leistungsfähigkeit der Industrie zu erhöhen und um bessere Bedingungen für den

technologischen Wandel zu schaffen. Große Bedeutung wurde der Bildung von Kombinat — meistens aus dem Zusammenschluß mehrerer einzelner Betriebe — in „strukturbestimmenden Bereichen“ beigemessen. Im Gegensatz zu den nur horizontal organisierten (d. h. auf der gleichen Produktionsstufe) VVB konnten Kombinate auch vertikal (d. h. auf verschiedenen Produktionsstufen vom Halbfabrikat bis zum Fertigprodukt) strukturiert sein. Während es vor 1968 wenige Kombinate in der DDR gegeben hatte, bestanden Ende 1972 120 Kombinate, und diese erzeugten fast 60 % der Warenproduktion in der zentralgeleiteten Industrie. Besondere Bedeutung wurde auch dem Aufbau „sozialistischer Großforschung“ beigemessen. Sie sollte durch große Forschungseinrichtungen, große Forschungskollektive und eine reduzierte Zahl von FuE-Projekten gekennzeichnet sein. Sogenannte Großforschungszentren wurden vornehmlich für die Kombinate geplant.

Ein weiteres Ziel war es, die Forschung der Akademie der Wissenschaften und der Universitäten „eng und wirksam mit der sozialistischen Großindustrie zu verbinden, hauptsächlich mit den Kombinat und Großforschungszentren“, „damit gemeinsam Pionier- und Spitzenleistungen vollbracht werden“ könnten<sup>17)</sup>. Reformen der Akademie und des Hochschulwesens wurden eingeleitet, um akademische Forschung sowohl institutionell als auch thematisch zu konzentrieren, um die industrielle Relevanz ihrer Forschungsprojekte zu erhöhen und um die Lehrinhalte auf den neuesten Stand zu bringen. Die globale, institutionell bezogene Finanzierung akademischer Forschung aus dem Staatshaushalt wurde im Januar 1969 abgeschafft und durch auftragsgebun-

<sup>17)</sup> *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften auf dem Weg zur Forschungsakademie der sozialistischen Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1970, S. 104.



dene Finanzierung ersetzt. Die Akademie und das Hochschulwesen mußten sich jetzt um gesellschaftliche und insbesondere industrielle Auftraggeber bemühen. Die Wissenschaftler der Akademie „sollten vom ersten Schritt ihrer Arbeit an das Ziel verfolgen, daß die Endprodukte ihrer Forschungsarbeit auf der Grundlage vollautomatischer Fließverfahrenszüge hergestellt werden“, und die Hochschulen sollten „immer mehr zu Kombinat der Wissenschaft“ werden<sup>18)</sup>.

Trotz mehrerer positiver Aspekte war Ulbrichts Offensivstrategie unrealistisch. Die politische Führung schien die Komplexität des Innovationsprozesses und die verwickelten Verbindungen zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung zu unterschätzen. Sie verkannte bei radikalen industriellen Innovationen<sup>19)</sup> die Rolle von Grundlagenforschung, von Zufallsfaktoren sowie von Kreativität. Sie unterschätzte die wirtschaftliche Bedeutung von bescheidenerem, allmählichem technologischem Wandel und berücksichtigte nicht genügend die Zeitspanne, die bedeutende Innovationen von der Konzeption bis zur kommerziellen Einführung benötigen. Die Begeisterung der Führung für Prognostik und andere „rationelle“ Praktiken wie Operations Research, Computerverfahren und wissenschaftliches Management wurde sicherlich durch das Interesse für diese Methoden sowohl in der UdSSR als auch in den

kapitalistischen Industrieländern stark beeinflusst. Größere Praxisnähe und mehr ökonomischer Realismus hätten jedoch manche hochgesteckten Erwartungen in der DDR schon bald als unbegründet erweisen können. Der Glaube an die Effektivität der Großforschung und Großproduktion war teilweise durch die marxistisch-leninistische Theorie, aber auch durch sowjetische und westliche Befürworter beeinflusst. Eine stärkere Berücksichtigung der vorliegenden praktischen Erfahrungen in anderen Ländern hätte positiv ernüchternd wirken können. Statt dessen wurden in der DDR diejenigen kritisiert oder ignoriert, die öffentlich Zweifel an der Notwendigkeit einer schnellen Konzentration der Forschung und Produktion äußerten<sup>20)</sup>.

Die hohen Ziele des Volkswirtschaftsplanes in den Jahren 1969 und 1970 konnten nicht gleichzeitig mit der schnellen Verwirklichung eines grundlegenden technologischen Wandels und der Bildung von Großbetrieben und Großforschung erfüllt werden. Die bevorzugte Förderung von „strukturbestimmenden“ Bereichen hatte die Vernachlässigung anderer Bereiche zur Folge, und dies wiederum verursachte Lieferungsprobleme für die strukturbestimmenden Bereiche. Mit der Wirtschaftskrise von 1970 wurde nicht nur der Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems, sondern auch das Ende der Offensivstrategie und die Abdankung Walter Ulbrichts eingeleitet.

## VIII. Technologischer Wandel unter Honecker 1971—1985

Der neue Parteichef war vorrangig bestrebt, die Stabilität in der Wirtschaft wiederherzustellen und die Situation der Konsumenten zu verbessern. Er entschied sich für eine Rezentralisierung der Wirtschaft, für die Einschränkung indirekter ökonomischer Steuerung, die Stilllegung der Konzentrationswelle und für die Förderung vernachlässigter Industriebranchen. Statt großartiger technologischer Sprünge nach vorn galt jetzt die „Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion“, d. h. die effektivere Nutzung vorhandener Anlagen, Arbeitskräfte, Rohstoffe und Energien. „Großforschungszentren“ wurden schlicht in „Forschungszentren“ umbenannt. Das bescheidenere Ziel war nun, weniger die „wissenschaftlich-technische Revolution“ zu meistern als den „wis-

senschaftlich-technischen Fortschritt“ zu beschleunigen.

Als Ergebnis der Konsolidierungsmaßnahmen wurde die Wirtschaftskrise rasch überwunden. Dennoch ergaben sich für die Wirtschaft der DDR bald neue Schwierigkeiten. Diesmal resultierten sie aus der Verteuerung ihrer Rohstoff- und Energieimporte und aus den verringerten Absatzchancen ihrer Produkte auf den westlichen, im Zeichen der Rezession und des Protektionismus stehenden Märkten. Kurzfristig konnten diese Schwierigkeiten überbrückt werden, indem die DDR sich nun stärker bei den westlichen Industrieländern und der UdSSR verschuldete. Längerfristig erachtete die SED-Führung ein größeres Wirtschaftswachstum und eine Steigerung ihrer Exportanstrengungen für notwendig. Diese

<sup>18)</sup> *Ebenda*, S. 104, und: *Die Wirtschaft*, Nr. 15, 10. April 1969, S. 4.

<sup>19)</sup> Innovationen, die einen bedeutenden technologischen Schritt vorwärts darstellen.

<sup>20)</sup> Ausführlicher in R. Bentley (Anm. 8), insbesondere Kapitel 6, Kapitel 7, S. 181 f. und Kapitel 8, S. 214 f.

Ziele sollten durch die intensivere Nutzung aller Produktionsfaktoren sowie eine Beschleunigung des technologischen Wandels, aber unter Verzicht auf eine Steigerung der Investitionsquote erreicht werden.

Die Bedingungen für einen schnelleren technologischen Wandel waren zunächst jedoch nicht sonderlich günstig. Die Rezentralisierung bedeutete eine weitgehende Rückkehr zu den traditionellen Hindernissen des technologischen Wandels. Die Zahl der Plankennziffern für die Betriebe und die allgemeine Bürokratisierung nahmen stark zu. Der betriebliche Erfolg wurde wieder relativ zum Plan gemessen, der operative Planzeitraum betrug wieder ein Jahr, und ab 1972 bestand die Hauptplankennziffer in der „Warenproduktion“, die stark an die „Bruttoproduktion“ früherer Zeiten erinnerte. Das System der Degressivpreise wurde in der DDR zur gleichen Zeit abgebrochen, als es in der UdSSR eingeführt wurde.

Im Laufe der siebziger und achtziger Jahre wurden allerdings auch Maßnahmen ergriffen, um die Bedingungen für den technologischen Wandel zu verbessern. Für alle Betriebe, Kombinate, VVB und Ministerien wurde ab 1974 ein spezieller Abschnitt des „Planes Wissenschaft und Technik“ für „Überleitungsaufgaben“ verbindlich, um die verschiedenen Vorgänge zu bestimmen und zu harmonisieren, die für einen erfolgreichen Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion notwendig waren. „Koordinierungspläne“ sollten als entscheidende Kettenglieder für umfangreiche Innovationsaufgaben fungieren, die das Zusammenwirken mehrerer Bereiche der Volkswirtschaft erforderten. Außerdem wurden sogenannte Pflichtenhefte eingeführt, um die Kosten und den Nutzen von FuE-Projekten zu dokumentieren. Ab 1976 bildete man Preise für neue bzw. weiterentwickelte Produkte nach einem „Preis-Leistungs-Verhältnis“. Der neue Preis sollte aufgrund der existierenden Preise vergleichbarer Erzeugnisse und der verbesserten Gebrauchseigenschaften festgesetzt werden.

Daß der technologische Wandel durch noch mehr Planung und Dokumentationsarbeit erfolgreich beschleunigt werden könnte, ist zu bezweifeln. Das Preis-Leistungs-Prinzip wurde von manchen DDR-Theoretikern wegen der Betonung des Gebrauchswertes und der Vernachlässigung des gesellschaftlich erforderlichen Arbeitsaufwandes kritisiert. Im Jahre 1983 wurde die Preisbildung nach diesem Prinzip aufgegeben. Die Hauptveranlassung dafür war die Schwierigkeit, Gebrauchseigenschaften zu messen und das Interesse der produzierenden Betriebe, diese Eigenschaften zu übertreiben.

Zwei Maßnahmen der SED-Führung, die positiver zu bewerten sind, betrafen die Grundlagenforschung und die Kombinatbildung. Unter Honecker wurde die Stellung der Grundlagenforschung gestärkt. „Eine nur auf die Bedürfnisse der nächsten Jahre orientierte Wissenschaft wäre also dem Sozialismus ebensowenig angemessen wie eine Wissenschaft, die ausschließlich auf die Zukunft orientiert ist.“<sup>21)</sup> Die finanzielle Abhängigkeit der Akademie der Wissenschaften und der Hochschulen von der Industrie wurde reduziert.

In einer erneuten Konzentrationswelle zwischen 1976 und 1980 wurden neue zusätzliche Kombinate gebildet; die VVB wurden abgeschafft. Ein wichtiges Ziel war es, die Innovationsarbeit unter eine einheitliche Leitung zu bringen. Für die gesamte Tätigkeit eines Kombinats war der Generaldirektor verantwortlich, der in der Regel auch über Zulieferbetriebe und ein eigenes Forschungszentrum verfügte. Er war eher als die Leitung einer horizontalen VVB in der Lage, Lieferungsprobleme zu reduzieren, die Produktion zu koordinieren, FuE-Projekte anwendernah zu halten und einem „Staffellauf“<sup>22)</sup> in der Innovation vorzubeugen. Durch die Eingliederung von Außenhandelskompetenzen in die Kombinate wurde der Innovationsdruck vom internationalen Markt her verstärkt. Zudem konnten die zentralen Organe leichter als bisher Innovationen nach unten verordnen. Der Generaldirektor unterstand direkt dem zuständigen Industrieminister und wurde von ihm berufen bzw. abberufen. Ab 1983 mußten die „Planentwürfe Wissenschaft und Technik“ der zentralgeleiteten Kombinate unter der persönlichen Leitung der Minister beraten werden. Im allgemeinen dürften der Umfang von Planungsarbeit und Bürokratie und die Probleme der Plankoordination durch die Kombinate reduziert worden sein.

Neben diesen Vorteilen sind auch einige Nachteile zu sehen. Die Kombinate waren häufig geographisch zersplittert; dies erschwerte der Kombinateleitung eine gründliche Kenntnis der verschiedenen zum Kombinat gehörenden Betriebe und beeinträchtigte die Mobilität von Kombinatangehörigen zwischen diesen Betrieben. Der Produktionsplan dominierte weiter: Die Bereitschaft der Kombinatbetriebe, wichtige technologische Änderungen durchzuführen, die nicht im Staatsplan enthalten waren, dürfte nicht sonderlich groß gewesen sein. Ob die Möglichkeit, In-

<sup>21)</sup> K. Hager, *Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution*, Berlin (Ost) 1973, S. 17.

<sup>22)</sup> Vergleiche Teil IV/2 dieses Aufsatzes.

novationen nach unten zu verordnen, immer klug genutzt wurde, hing stark vom Informationsstand und von den Fachkenntnissen des betreffenden zentralen Personals ab. Nicht zuletzt ist es fraglich, ob die Kombinatbildung tatsächlich den angenommenen Größenvorteil in Produktion und Forschung erbrachte. Empirische Untersuchungen zu diesen Fragen in westlichen Firmen zeigen, daß die Zweckmäßigkeit der Großproduktion von der Art des Erzeugnisses, der Industriebranche, der Größe des Marktes sowie des Standorts der Betriebe usw. abhängt, während die Eignung von Großforschung durch die spezifische Richtung und das Ziel des Projektes bedingt ist.

Mit der Kombinatbildung und der von der SED auf ihrem X. Parteitag im Jahr 1981 entwickelten „Ökonomischen Strategie für die achtziger Jahre“ schien die SED-Führung gewissermaßen wieder an Ulbrichts „Offensivstrategie“ angeknüpft zu haben. Wieder sollten progressive Technologien stärker gefördert werden, diesmal vor allem Mikroelektronik, Robotertechnik, EDV und moderne Verfahren zur Rohstoffverarbeitung und zur Sicherung der Energieversorgung. Nochmals war die Sprache von der „Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution“. Um „Spitzenleistungen“ zu erreichen, wurden „Staatsaufträge“ für FuE-Projekte erteilt, denen Priorität zuerkannt wurde. Staatsaufträge umfaßten und verzahnten alle Schritte, die für die Durchführung der FuE und die Überleitung in die Produktion notwendig waren. FuE-Ausrüstung und -Lieferungen wurden hierbei vorrangig zur Verfügung gestellt. Statt im Rhythmus des Ein- oder Fünfjahrplanes wurden Staatsaufträge für den gesamten Projektzeitraum geplant. Trotz unbestreitbarer Ähnlichkeiten zwischen der „Ökonomischen Strategie“ und Ulbrichts Offensivstrategie bestanden dennoch wichtige Unterschiede: die Erwartungen an Forschung, Entwicklung und neue Technologien waren realistischer, die Investitionsquote konnte nicht erhöht werden und die „Intensivierung“ nahm jetzt einen zentralen Platz in der neuen Strategie ein.

Eine wichtige von den vielen gesetzlichen und administrativen Regelungen zur „Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung“, die im Zusammenhang mit der „Ökonomischen Strategie für die achtziger Jahre“ und insbesondere für die Kombinate erlassen wurden, betraf die Leistungsbewertung. Die „Warenproduktion“ wurde als Hauptplankennziffer im Jahre 1983 abgelöst, spielte aber weiterhin eine wichtige Rolle in der Planung. Seit 1984 gibt es die vier Hauptkennziffern: „Netto-

produktion“<sup>23</sup>), „Nettogewinn“, „Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung“ und „Export“. Andere wichtige Regelungen sahen einen umfassenden Mechanismus zur Kontrolle der Erzeugnisqualität vor und dehnten die Kontrolltätigkeit der Banken bei Innovationsprojekten aus.

Westliche Experten sind sich uneins, ob die vielen Änderungen in der Organisation und Leitung der DDR-Wirtschaft zusammengenommen eine „Reform in kleinen Schritten“ darstellen oder ob sie als Weiterentwicklung ohne grundsätzliche Veränderung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu bewerten sind<sup>24</sup>). Fest steht jedoch, daß die großen Hindernisse für den technologischen Wandel in der DDR, die aus dem Preismechanismus und der relativen Planerfüllung herrühren, nach vier Jahrzehnten noch nicht überwunden sind.

In der Förderung des technologischen Wandels sieht die SED-Führung eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Ungeeignete Maßnahmen könnten zu einem zu niedrigen Wirtschaftswachstum, einer zu geringen Exportleistung, einem zu niedrigen Lebensstandard und zu einem immer schlechteren Abschneiden im Wettbewerb der beiden deutschen Staaten führen, schließlich auch zu Unruhe in der Bevölkerung. Andererseits würde eine radikale Wirtschaftsreform in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft das Tempo des technologischen Wandels merklich beschleunigen, aber gleichzeitig das Risiko in sich bergen, die politische Stabilität zu gefährden. Angesichts dieser Rahmenbedingungen und der Erfolge des gegenwärtigen Wirtschaftssystems hinsichtlich eines Abbaus der Auslandsverschuldung, einer Senkung des Material- und Energieverbrauchs und einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums darf erwartet werden, daß die zukünftigen Maßnahmen der SED-Führung weiterhin in Richtung organisatorischer und planbezogener Verbesserungen und auf einen erhöhten, wenn auch vorsichtigen Gebrauch von „ökonomischen Hebeln“ zielen werden. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß die technologische Lücke zwischen den beiden deutschen Staaten sich entscheidend verringern oder gar verschwinden wird.

<sup>23</sup>) Produktion abzüglich Materialverbrauch und Abschreibung.

<sup>24</sup>) D. Cornelsen/M. Melzer/A. Scherzinger, DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, (1984) 2, S. 200—223; und K. C. Thalheim/K. Erdmann/M. Haendcke-Hoppe/W. Homann/K. Krakat, Gegenwärtige Reformansätze im Wirtschaftssystem der DDR — Renaissance des „Neuen Ökonomischen Systems“?, in: *FS Analysen*, (1984) 1. Zusammenfassungen in *Deutschland Archiv*, (1985) 2, S. 140—151.

## Das Währungssystem der RGW-Länder

Für Fachleute im Westen wie im Osten, die mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wohlvertraut sind, ist es oft nicht leicht, das Wesen und die Funktionsweise des Währungssystems der RGW-Staaten zu begreifen<sup>1)</sup>. Es ist ebenfalls schwierig, die Absichten jener östlichen Politiker und Regierungsbeamten zu verstehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ein System eingeführt haben, das die nationalen Währungen zwangsläufig auf ihre reine Binnenfunktion reduzierte und somit für die relative Schwäche dieser Währungen gegenüber der sogenannten harten Valuta, dem am meisten geschätzten „Gut des Weltmarkts“, verantwortlich ist.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, sind die RGW-Währungen nichtkonvertierbar und können nicht gegen Dollar, DM oder andere konvertible Währungen eingetauscht werden<sup>2)</sup>. Darüber hinaus sind sie selbst innerhalb des östlichen Wirtschaftsverbundes nicht konvertibel und somit reine Binnenwährungen. Trotz der von den Regierungen offiziell festgelegten Wechselkurse zu den Währungen östlicher und westlicher Länder gibt es kein ökonomisch begründbares Tauschverhältnis des östlichen Geldes zu diesen.

Viele Studien, die sich mit den Geld- und Währungsproblemen der RGW-Länder beschäftigen, haben gezeigt, daß die osteuropäischen Länder keine Veranlassung gesehen haben, angemessene Währungsinstrumente im Intra-RGW-Handel oder in den Wirtschaftsbeziehungen zum Westen und zur Dritten Welt zu entwickeln, solange auch

eine Währung mit begrenzter Geltung und Funktion den internen Erfordernissen der Planwirtschaften genüge<sup>3)</sup>. Bereits Mitte der fünfziger Jahre wurde es aber offenkundig, daß Währungen mit einer reinen Binnenfunktion zwar in der Anfangsphase, als die östlichen Planwirtschaften nach Autarkie strebten, angemessen gewesen sein mögen, sich anschließend aber als großes Handicap erwiesen angesichts der Tatsache, daß die internationale Arbeitsteilung eine notwendige Bedingung für den technischen Fortschritt und für vergleichbare Kostenvorteile als Voraussetzung für Wirtschaftlichkeit darstellt<sup>4)</sup>.

Das auch heute, Mitte der achtziger Jahre, noch vorhandene Gefüge von monetären Beziehungen der einzelnen sozialistischen Staaten untereinander ist die logische Konsequenz eines überzentralisierten Systems von Planung und Management, das nach dem Zweiten Weltkrieg aus politischen Gründen in den osteuropäischen Ländern eingeführt wurde. Dieses System hat u. a. zu der willkürlichen Festsetzung von Wechselkursen für Handel und Tourismus, unabhängig von Markteinflüssen, geführt. Einige osteuropäische Währungen wurden von Anfang an im Verhältnis zu den anderen RGW-Währungen über-, andere unterbewertet. Dies ist noch heute eine Quelle permanenter Kontroversen und Diskussionen zwischen Regierungsbeamten der einzelnen sozialistischen Länder, die mit währungs- und finanzpolitischen Angelegenheiten befaßt sind. Gleichzeitig liegt hier die Hauptursache für das Entstehen eines sogenannten Schwarzmarkt-Wechselkurses innerhalb der RWG-Staaten.

<sup>1)</sup> Mit dem Begriff „RGW“ bzw. Osteuropa sind folgende Länder gemeint: Sowjetunion, Polen, Ungarn, CSSR, DDR, Bulgarien und Rumänien.

<sup>2)</sup> Zumindest sind sie nicht frei konvertierbar zu einem realistischen Wechselkurs.

*Übersetzung aus dem Englischen: Michael Clauß, Bonn*

<sup>3)</sup> Siehe z. B. Z. Fedorowicz, *The foundations of the theory of money in a socialist economy*, Warschau 1975 (in polnisch); M. Kurcharski/W. Pruss, *Money and credit in socialism*, Warschau 1975 (in polnisch); J. Vincze, *The international exchange system of the CMEA*, Warschau 1981 (in polnisch); A. Zwass, *Money, banking and credit in the Soviet Union and Eastern Europe*, New York 1979.

<sup>4)</sup> Vgl. A. Zwass (Anm. 3), S. IX.

# I. Kurzbeschreibung des östlichen Währungssystems — Eine historische Perspektive

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es erklärtes Ziel der Mehrzahl der osteuropäischen Regierungen, die eigene Währung von den Einflüssen des Weltmarkts abzuschirmen. Im Handel mit der nichtsozialistischen Welt entwickelten die RGW-Staaten zwei Verfahren des gegenseitigen Zahlungsverkehrs. Diese betreffen:

— Erlöse oder Zahlungen im Handelsverkehr, d. h. Güter- und Dienstleistungsaustausch, der zu Fremdpreisen (ausgedrückt in künstlichen Währungseinheiten) und ohne jede Beziehung zu dem Binnen-Preissystem und dem offiziellen Wechselkurs des handeltreibenden RGW-Mitgliedslandes abgewickelt werden konnte.

— Einnahmen und Zahlungen, die nicht aus dem Handelsverkehr herrühren, z. B. der gegenseitige Verkauf von Dienstleistungen auf dem Gebiet eines bestimmten sozialistischen Landes, und natürlich zu inländischen Preisen und nur in der entsprechenden nationalen Währung abgerechnet werden konnten (die wiederum nur auf der Basis des aktuellen Wechselkurses dieser Währung zu den anderen osteuropäischen Währungen zu verrechnen war).

Alle direkten Verbindungen zwischen dem Weltmarktpreis, der in Devisen bezahlt werden muß, und den inländischen Preisen (in der nationalen Währung des betreffenden osteuropäischen Landes) wurden aus dem Zahlungsverkehr eliminiert, was man „ganz einfach“ dadurch erreichte, daß man im Rahmen des Systems zentraler Planung eine Direktive erließ, die alle nationalen Währungen der osteuropäischen Staaten vom internationalen Gütertausch ausschloß, insbesondere in ihrer Funktion als Wertmaßstab und Zahlungsmittel.

Gleichzeitig wurde ein zweistufiges System der Verrechnung von Handelsgeschäften eingeführt. Auf der einen Seite mußte die Verrechnung von Außenhandelsgeschäften über die jeweilige nationale Bank nach vorher festgelegten Umrechnungsfaktoren für ausländische Währungen, die man jeweils einnahm oder ausgab, erfolgen. Die andere Seite betraf, sozusagen in einer zweiten Stufe, das Außenhandelsgeschäft und den jeweiligen östlichen Handelspartner, sei es als Exporteur oder als Importeur. Diese Geschäfte wurden natürlich auf der Basis inländischer östlicher Preise getätigt.

An dieser Stelle sollte erklärt werden, daß dieses dualistische und höchst bizarre Abrechnungssystem im Außenhandel seinen Ursprung in der

dem sowjetischen Modell von 1917/18 folgenden Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols hat.

Die traditionelle Form dieses Staatsmonopols ist von Heinrich Machowski folgendermaßen beschrieben worden:

„— Außenhandelsgeschäfte werden ausschließlich von spezialisierten staatlichen Außenhandelsunternehmen (AHU) durchgeführt, die unmittelbar dem Außenhandelsministerium unterstellt sind. Zwischen der Binnenwirtschaft und diesem Außenhandelsapparat bestehen keine organisatorischen Querverbindungen.

— Dem Zahlungsverkehr zwischen Binnenwirtschaft und den staatlichen Außenhandelsunternehmen liegen Inlandspreise zugrunde, die von den staatlichen Preisbehörden autonom, d. h. nach den Bedürfnissen der staatlichen Wirtschaftsplanung, festgesetzt werden und in keinem direkten Zusammenhang zu den entsprechenden Devisenpreisen stehen. Für den auswärtigen Zahlungsverkehr in Fremdwährungen sind ausschließlich die staatlichen Außenhandelsunternehmen zusammen mit der staatlichen Außenhandelsbank, einer Filiale der Staatsbank, zuständig. Die Differenzen zwischen diesen Zahlungen und dem inländischen Gegenwert der Devisenaufwendungen und -erträge werden automatisch über das sogenannte Preisausgleichskonto mit dem Staatshaushalt verrechnet; dieser ist der letzte Träger des Außenhandelsrisikos“<sup>5)</sup>.

Hinzugefügt werden muß, daß alle Unterschiede — ohne Rücksicht darauf, wie kalkuliert wurde — zwischen ausländischen Preisen, getauscht in heimischen Währungen aufgrund vorher festgelegter Verrechnungsraten, und den nationalen, einheimischen Preisen am Ende auch im Staatshaushalt verrechnet werden.

Wie bereits angedeutet, haben die osteuropäischen Währungen keinen „ökonomisch begründeten“ Wechselkurs gegenüber Fremdwährungen. Dies gilt im übrigen auch gegenüber den anderen osteuropäischen Währungen<sup>5)</sup>. Außerdem ist der Handel mit Devisen verboten. Zwar gibt es einen amtlichen Wechselkurs, der bis etwa Anfang der siebziger Jahre von der Staatsbank aufgrund einer offiziellen Goldparität festgesetzt

<sup>5)</sup> H. Machowski, Aktuelle Probleme der Währungspolitik der RGW-Staaten, in: H. Besters (Hrsg.), Währungspolitik auf dem Prüfstand, Baden-Baden 1984, S. 154 f.

wurde (vgl. Tabelle 1). Seither wird dieser Kurs an die Wertschwankungen westlicher Währungen — nach für Außenstehende nicht immer erkennbaren Kriterien — laufend angepaßt. Dieser amtliche Kurs bestimmt aber nur den „Außenwert“ der Währung (Valuta-Rubel, Devisen-Forint, Devisen-Zloty bis 1982 und von diesem Jahr nur Zloty), denn zu diesem Kurs werden keine Devisen eingetauscht. Die Funktion dieser „Außenwährung“ wurde damit umschrieben, daß sie „die Preise für Exporte und Importe, die in kapitalistischer Währung beglichen werden, in einer geeigneten Einheit mit einem patriotischen Namen ausdrücken“<sup>6)</sup>

Tabelle 1: Die Goldparitäten von Währungen der RGW-Länder

Land	Datum der Festsetzung des Währungskurses	Goldgehalt in Gramm
Polen	30. Oktober 1950	0,222168
Sowjetunion	1. März 1950	0,222168
	1. Januar 1961	0,987412
Mongolei	März 1950	0,222168
Rumänien	28. Januar 1952	0,079346
	1. Dezember 1954	0,148112
Bulgarien	12. Mai 1952	0,130687
CSSR	30. Mai 1953	0,123426
DDR	29. Oktober 1953	0,399902

Quelle: Jerzy Wesolowski, Das Währungssystem der RGW-Länder, Warschau 1977 (in polnisch), S. 10.

Die Vorteile dieses — grob skizzierten — Währungssystems liegen auf der Hand: Es schirmt die eigene Währung von dem Einfluß des Weltmarktes ab, unterbindet den direkten internationalen Preiszusammenhang vollständig und verhindert so, daß über die Export- und Importpreise irgendein ungewollter Einfluß auf das inländische Preisniveau durchschlägt. Es ist somit ein Instrument, das den Import von Inflation verhindert.

Dieses System hat aber auch seine Nachteile: Es verhindert eine exakte Berechnung der Rentabilität von Export- und Importgeschäften sowie die auch nur einigermaßen genaue Kalkulation von Kosten und Nutzen der internationalen Arbeitsteilung und der RGW-Integration. Diese Nachteile haben sich im Laufe der Zeit immer stärker bemerkbar gemacht und dazu geführt, daß es in-

zwischen in allen osteuropäischen Volkswirtschaften — die Sowjetunion ausdrücklich ausgenommen — mehr oder weniger weitreichende Veränderungen im Außenwirtschaftssystem gegeben hat<sup>7)</sup>.

Bei nicht zum Handelsverkehr gehörenden Geschäften/Zahlungen war es jedoch unmöglich, die Wechselkursmechanismen außer Kraft zu setzen. Alle Dienstleistungen innerhalb eines osteuropäischen Landes konnten nur zu Inlandspreisen, ausgedrückt in der nationalen Währung des betreffenden Landes, beglichen werden. Deshalb war es absolut notwendig, den offiziellen Wechselkurs als Verrechnungsbasis zwischen den nationalen Währungen der sozialistischen Länder zu benutzen. Am Anfang wurden diese Wechselkurse ohne Rücksicht auf die wirkliche Kaufkraft der nationalen Währungen sowie auf ihre rein fiktive und rein formale Goldparität festgelegt. Die osteuropäischen Währungen waren nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch nie wirklich durch Gold gedeckt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man einigen Geldeinheiten, wie z. B. der tschechischen Krone, eine solche „bindende“ Verpflichtungserklärung aufgedruckt hat. Ihre Golddeckung ist fiktiv und rein formal. Sie hat bis in die siebziger Jahre lediglich dazu gedient, das Austauschverhältnis der sozialistischen Währungen untereinander festzulegen.

Die erwähnte Abschottung der nationalen Währungen der osteuropäischen Länder vom internationalen Währungssystem und Gütertausch (insbesondere in ihrer Funktion als Wertmaßstab und Zahlungsmittel) machte ein vertraglich abgesichertes System zur Regelung des gegenseitigen Austausches und des Zahlungsverkehrs innerhalb des RGW notwendig.

Das erste Problem bestand darin, angemessene Preise festzulegen, zu denen der Gütertausch abgewickelt werden konnte. Bis zum Beginn der fünfziger Jahre wurde der Warenaustausch innerhalb des RGW zu Weltmarktpreisen abgerechnet. Als aber nach dem Korea-Krieg die Weltmarktpreise kräftig anstiegen, einigten sich die RGW-Staaten auf das Einfrieren der Preise (sogenannte „stabile Preise“) im gegenseitigen Zahlungsverkehr. Nach Ablauf von vier Jahren sollten diese wieder dem Weltmarktniveau angeglichen werden. Während des 9. Treffens der RGW-Mitgliedstaaten 1958 in Bukarest kam man überein, die durchschnittlichen Weltmarktpreise des Jahres 1959 als Basis für den Außenhandel und den Zahlungsverkehr aller sozialistischen Staaten in

<sup>6)</sup> Vgl. P. Wiles, Communist international economy, Oxford 1968, zitiert nach H. Machowski (Anm. 5), S. 155.

<sup>7)</sup> H. Machowski (Anm. 5), S. 155 f.; J. Wesolowski, The monetary system of the CMEA member-countries, Warschau 1977 (in polnisch).

den Jahren 1960 bis 1964 zugrunde zu legen. Nach 1964 wurden dann die durchschnittlichen Weltmarktpreise von 1960 bis 1964 als Basis für „neue“ oder „stabile Preise“ in den Handelsbeziehungen der RGW-Länder für die Jahre 1965 bis 1970 übernommen usw.

In den folgenden Jahren übten die nicht unbedeutenden Unterschiede zwischen dem neuen und dem alten Preisniveau einen starken und in vielen Fällen negativen Einfluß auf die Zahlungsbilanz einiger sozialistischer Länder, insbesondere auf die kleineren von ihnen, aus. Seit Mitte der sechziger Jahre erfolgten die Preiskorrekturen nicht mehr im Vierjahresrhythmus, sondern bereits nach Ablauf von zwei Jahren. Trotzdem lagen die Preise im Außenhandel der sozialistischen Staaten untereinander im Schnitt um 20% bis 30% über den vergleichbaren Preisen in westlichen Ländern oder auf dem Weltmarkt<sup>8)</sup>.

Auch muß erwähnt werden, daß bis 1963 der gesamte Handelsverkehr der europäischen sozialistischen Länder untereinander durch bilaterale zwischenstaatliche Verträge geregelt wurde. Zuerst vereinbarte man sogenannte Clearing-Abkommen auf Dollarbasis, später dann auf der Basis des sogenannten „Transferrubels“, dessen Parität zu Gold gleich zu dem in der Sowjetunion zirkulierenden Rubel war. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Handelspartnern änderte sich der Wert des „Transferrubels“, der ersten künstlichen Währung innerhalb des RGW, bei jedem neuen Verrechnungsabkommen. Erwirtschaftete ein bestimmtes Land einen Überschuß in der Handelsbilanz, war es ihm jedoch nicht möglich, sich diesen Überschuß in Gold, „harten Währungen“ oder gar durch zusätzliche Warenlieferungen aus anderen osteuropäischen Ländern vergüten zu lassen, da diese ihre Produktion ja strikt geplant hatten und normalerweise nicht über zusätzliche Mengen an Gütern und Dienstleistungen für den Export verfügten. Der Überschuß in einer in Wirklichkeit nicht existierenden Währung, dem „Transferrubel“, wurde einfach auf ein Bankkonto des betreffenden sozialistischen Landes gutgeschrieben, das aber in der Praxis von dem so „blockierten“ Geld keinen Gebrauch machen konnte.

Die Grundlage hierfür bilden die alle bindenden Regeln des Intra-RGW-Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs. „Für den gegenseitigen Warenaustausch — das ist die mit Abstand wichtigste

Form der internationalen Zusammenarbeit im RGW — gelten folgende Regelungen:

— Er wird ausschließlich auf der Grundlage bilateraler Handelsabsprachen auf Regierungsebene abgewickelt (fünfjährige Handelsabkommen und jährliche Waren-Protokolle).

— Er unterliegt einem strengen Kontingenzregime, d. h. für die jeweils volkswirtschaftlich wichtigsten Handelsgüter („harte Waren“) werden mengenmäßige Ausfuhr- und Einfuhrkontingente, für alle übrigen Waren („weiche Waren“) Wertkontingente festgesetzt.

— Er wird bilateral mit Hilfe des Transferrubels — einer künstlichen Verrechnungseinheit (seit 1963) — verrechnet.

— Er wird auf der Grundlage von Vertragspreisen abgerechnet, die ebenfalls auf Regierungsebene bilateral ausgehandelt werden. Basis der RGW-Vertragspreise sind — wie es das sogenannte RGW-Komplexprogramm von 1971 formuliert hat — „die Weltmarktpreise, die vom schädlichen Einfluß konjunktureller Faktoren des kapitalistischen Marktes bereinigt sind“. Die so vereinbarten Vertragspreise blieben bis 1974 grundsätzlich für fünf Jahre konstant. Seit 1975 werden diese Preise jährlich neu festgelegt, ausgehend von der Entwicklung der Weltmarktpreise in den jeweils vorausgegangenen fünf Jahren.“<sup>9)</sup>

Es erstaunt nicht, daß der Naturaltausch noch immer die Hauptform des Handels innerhalb des RGW ist. Schon immer haben die östlichen Planwirtschaften nach einem bilateralen Gleichgewicht im Bereich der gegenseitigen Güterlieferungen gestrebt, unabhängig davon, welche Form der Verrechnung benutzt wurde — ob durch multilaterale Verrechnung im Intra-RGW-Handel, auf bilateraler Basis mit den Entwicklungsländern oder in US-Dollar (oder anderen harten Währungen) im West-Handel<sup>10)</sup>.

Die einzige Möglichkeit, am Welthandel teilzunehmen, bestand für die Planwirtschaften in bilateralen Clearing-Abkommen mit dem jeweiligen Handelspartner, da ja die Voraussetzungen für die freie Konvertibilität der östlichen Währungen

<sup>9)</sup> H. Machowski (Anm. 5), S. 157f.

<sup>10)</sup> Es sollte angemerkt werden, daß einige sozialistische Länder sogenannte „harte Währungen“ (US-Dollar, Schweizer Franken) zur Grundlage von Handelsvereinbarungen haben. Z. B. werden Zahlungen für die Warenlieferungen zwischen Polen und der Volksrepublik China in Schweizer Franken abgewickelt. Seit den achtziger Jahren sind einige RGW-Länder wie z. B. Ungarn und die Sowjetunion dazu übergegangen, sich zusätzliche Warenlieferungen, die in den vorher beschlossenen Handelsabkommen nicht vereinbart worden waren, in „harter Währung“ vergüten zu lassen.

<sup>8)</sup> Vgl. S. Polaczek, Economic integration of the socialist countries and Poland's foreign trade, Warschau 1971 (in polnisch), S. 159.

nicht gegeben waren. Viele Wirtschaftswissenschaftler haben bereits auf die negativen Folgen dieser bilateralen Clearing-Abkommen hingewiesen. In einem solchen System bleibe „der Außenhandel notgedrungen auf Länder mit geringem Interesse am Warenaustausch oder geringen Möglichkeiten des Handels beschränkt“<sup>11)</sup>.

Radikale Maßnahmen zur Lösung oder Überwindung der Probleme, die sich aus dem Bilateralismus in den Handels- und Währungsbeziehungen der RGW-Staaten ergeben, wurden bereits im Oktober 1963 untersucht. Noch 1963 wurde das Abkommen über multilaterale Verrechnungen

und über die Bildung der „Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (IBWZ) unterzeichnet. Die Gründungsmitglieder der IBWZ, die ihre Tätigkeit am 1. Januar 1964 aufnahmen, waren Bulgarien, die Tschechoslowakei, die DDR, die Mongolei, Polen, Rumänien, die UdSSR und Ungarn; später folgten Kuba (1974) und Vietnam (1977) als Mitglieder. Das Stammkapital der Bank beträgt laut Satzung 305,3 Mio. Transferrubel, wovon ein Teil in Gold oder konvertiblen Währungen aufzubringen ist. Zuletzt waren rund 122 Mio. Transferrubel (40%) eingezahlt, davon die Hälfte in konvertiblen Währungen.

## II. Die Funktion des „Transferrubels“ im Außenhandel der sozialistischen Staaten

Wie bereits erwähnt, ist der „Transferrubel“ die gemeinsame Recheneinheit der RGW-Banken. Deren Tätigkeit hängt deshalb von der Funktionsfähigkeit dieser Recheneinheit, von ihrer „Geldwertigkeit“, ab<sup>12)</sup>. Wenn wir die verschiedenen Auffassungen über die Funktion des „Transferrubels“<sup>13)</sup>, der ja in Wirklichkeit überhaupt nicht einlösbar ist, verstehen wollen, dürfen wir nicht vergessen, daß es sich bei dieser künstlichen Einheit lediglich um ein Verrechnungsinstrument für vorher festgelegte Warenkontingente handelt, die unabhängig davon geliefert werden, ob der Käufer das für deren Bezahlung nötige Geld hat oder nicht. Geld ist keine Voraussetzung für die Lieferungen an den Kunden, denn die IBWZ stellt die Gelder automatisch zur Verfügung. Geld fungiert lediglich als Notbehelf, um etwaige Disparitäten in den gegenseitigen Warenlieferungen (die zwar ausgewogen sein sollten, es aber nicht immer sind) zu überbrücken. In diesem Fall erhält das Land mit dem Defizit einen Überbrückungskredit, um an das andere Land zahlen zu können. Das Darlehen wird jedoch nur zur Bezahlung der Güter gewährt, die zu festgelegten Quoten als Teil der multilateralen Verrechnungsabkommen geliefert

worden sind, nicht aber, um andere Waren kaufen zu können.

Die hier grob skizzierte Konzeption der Verrechnung vermittelt des „Transferrubels“ erinnert an die Arbeitsweise der westeuropäischen Verrechnungseinheit ECU, allerdings ohne irgendeine Einschaltung von Gold oder Dollar in den Verrechnungsverlauf. Dieser Unterschied „war entscheidend für die weitere Entwicklung der Handels- und Währungsbeziehungen. Da der ‚Transferrubel‘ generell nicht tauschbar ist und ein aktiver Rubelsaldo weder innerhalb des RGW-Marktes noch nach außen irgend etwas zu leisten vermag, verliert eine Ansammlung von Rubelguthaben jeden Sinn. Kein Wunder, daß die Mitgliedsländer eine vollständig ausgeglichene Zahlungsbilanz nicht generell, sondern mit jedem Mitgliedsland gesondert anstreben. Unter diesen Umständen wurde die Funktion der Bank auf die einer reinen Verrechnungsstelle reduziert.“<sup>14)</sup>

Zwar wurden mit der IBWZ und dem „Transferrubel“ die technischen Möglichkeiten zur Multilateralisierung des Intra-RGW-Handels geschaffen, aber nach wie vor werden die Verträge zwischen den RGW-Partnern bilateral abgeschlossen. Die Verwendungsmöglichkeit von „Transferrubeln“ ist stark eingeschränkt, denn Guthaben in „Transferrubeln“ ermöglichen keine unmittelbaren Käufe in einem anderen Partnerland; ihre Verwendung muß vielmehr jedesmal in einem neuen Handelsabkommen vereinbart werden. Die Zinsgutschriften, die ein Überschußland von der IBWZ erhält, sind ebenfalls nur sehr schwer

<sup>11)</sup> Vgl. A. Schüler, Osthandelspolitik als Problem der Wettbewerbspolitik, Frankfurt/M. 1973, S. 212.

<sup>12)</sup> A. Zwass (Anm. 3), S. 162.

<sup>13)</sup> Sehr kritische Würdigungen der Funktion des „Transferrubels“ sind in den Untersuchungen polnischer und ungarischer Wissenschaftler enthalten (vgl. J. Wesolowski (Anm. 7), und J. Vincze (Anm. 3). Optimistischere Darstellungen dieser „bizarren“ künstlichen Währung finden sich in sowjetischen Publikationen; siehe J. Konstantinov, The transferable rouble in the system of economic co-operation of CMEA member-countries, in: Ekonomices Koje Sotrudnicestvo Stanclenov SEW, (1982) 9, S. 68—71.

<sup>14)</sup> Vgl. A. Zwass, Die Entwicklung des Außenhandels- und Währungsmodells der RGW-Länder, in: osteuropa wirtschaft, (1970) 1, S. 29.



in Güter umzuwandeln, so daß der „Transferrubel“ weder die Funktion eines uneingeschränkten Zahlungsmittels noch die eines Akkumulationsmittels (Wertaufbewahrungsfunktion) erfüllt<sup>15</sup>).

Der „Transferrubel“ war von Anfang an nie das Produkt eines Marktes, also keinen den Wert bestimmenden Bedingungen ausgesetzt. Daher ist seine Funktion mit denen einer marktabhängigen Währung nicht zu vergleichen. Der Grund hierfür ist nicht nur in dem Währungssystem (und seinen Subsystemen) der osteuropäischen Länder und der Sowjetunion, sondern in der Natur der Planwirtschaft selbst zu sehen. Es mutet fast paradox an, daß die östlichen Planwirtschaften einerseits bis heute nicht in der Lage waren, ihren Währungen die üblichen Marktfunktionen des Geldes einzuräumen, und daß sie sich andererseits unfähig zeigten, eine Währung zu schaffen,

deren Funktion besser auf ihre eigenen Wirtschaftsstrukturen zugeschnitten ist. Wie bereits erwähnt, ist es dem „Transferrubel“ nicht gelungen, sich als ein echtes Zahlungsmittel durchzusetzen. Der Grund hierfür liegt nicht in den bestehenden Handelsbeziehungen innerhalb des RGW (die auf Austauschquoten basieren), sondern in dem Verhältnis der Produktionsbereiche einzelner Mitgliedstaaten zu anderen begründet.

In den Wirtschaftssystemen der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder gibt es ebenso viele Vernunftwidrigkeiten und Absurditäten wie es Gründe für eine radikale Reform dieser Systeme gibt. Aber nur Reformen, die auf die Gesundung aller Teile dieser Systeme gleichzeitig zielen, werden die Leistungsfähigkeit insgesamt tatsächlich verbessern können und nicht nur an Währungs- oder Finanzproblemen herumkurieren.

### III Konsequenzen des östlichen Währungssystems

Es kann hier nicht diskutiert werden, welche grundlegenden Reformen notwendig wären, um die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaften zu verbessern. Trotzdem aber sollte kurz angemerkt werden, daß viele Wissenschaftler, die den Begriff „grundlegende Reformen“ verwenden, fordern, die zentralen Planer sollten ihre Versuche, den alltäglichen Betrieb der Unternehmen zu kontrollieren, aufgeben; die einzelnen Unternehmen müßten selbst entscheiden, was wie zu produzieren sei, von wem Produktionsinputs gekauft und wem das fertige Produkt anschließend angeboten werden sollte. Die Preise — einschließlich des Wechselkurses und des Zinssatzes — sollten, so ihre Forderung, freigegeben werden, so daß die Unternehmen den realen Wert ihrer Produktion richtig einschätzen können. Der Staat würde aber weiterhin öffentliche Güter wie Verteidigung und Gesundheitsfürsorge bereitstellen und würde über die Steuern, Subventionen und die Kontrolle des Kapitals sowie des Devisenmarktes einen beträchtlichen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben<sup>16</sup>).

Derartige grundlegende ökonomische Reformen lassen sich allerdings nicht ohne die gleichzeitige Einführung einer starken Währung und realisti-

scher Marktpreise erfolgreich durchführen. Mit anderen Worten: Solange es keine echte Grundlage für einen realistischen Wechselkurs zwischen den nationalen Währungen der sozialistischen Länder und den konvertiblen westlichen Währungen (ebenso zwischen „Transferrubel“ und konvertiblen Währungen) gibt, sind Ziele wie z. B. ein ausgewogener Güteraustausch, Kalkulationen von Produktionskosten, Profiten etc. nicht erreichbar. Deshalb müßte die Verbesserung des Währungssystems der erste Schritt in Richtung auf die erwähnten „grundlegenden Reformen“ aller Bereiche der sozialistischen Volkswirtschaft sein.

Ein realistischer bzw. ökonomisch vernünftiger Wechselkurs kann indessen nur auf der Basis angemessener Preise zustande kommen, die der wirklichen Situation auf dem Markt eines bestimmten sozialistischen Landes (oder innerhalb des RGW) entsprechen. Deshalb ist es auch unsinnig, die Einführung eines sogenannten „wirtschaftlich gestützten Wechselkurses“ als ökonomische Kategorie des Sozialismus zu diskutieren bzw. zu erwägen<sup>17</sup>).

Selbst die Befürworter einer solchen Konzeption geben zu, daß ein wirtschaftlich begründeter

<sup>15</sup> Vgl. H. Machowski (Anm. 5), S. 158—161; S. Polaczek, *The strengthening of the role of money and economic development*, Warschau 1983 (in polnisch).

<sup>16</sup> Eine detailliertere Erörterung dieser Probleme findet sich bei J. Kornai, *Growth, shortage and efficiency. A macroeconomic model of the socialist economy*, Oxford 1982, und A. Nove, *The economics of feasible socialism*, London 1983.

<sup>17</sup> Ein gutes Beispiel für die Darstellung des Konzepts „eines wirtschaftlich begründbaren Wechselkurses“ als spezifisch sozialistisches Konzept in der wissenschaftlichen Literatur der sozialistischen Länder ist der in einer ungarischen Zeitschrift abgedruckte Artikel von L. Rusmich, *Value aspects of the development of socialist integration*, in: *Acta Oeconomica*, 31 (1983) 3—4, S. 241—258.

Wechselkurs — der ja zuallererst ein Instrument zur Optimierung des nationalen Wirtschaftsplans wäre — niemals den realen Wert dieser Währung im Verhältnis zu anderen Währungen wiedergeben würde.

Da der Wechselkurs selbst einen Hebel zur Wirtschaftsregulierung darstellt, muß er relativ stabil bleiben, während sich der relative Wert der Währungen konstant ändert. Dies trifft insoweit zu, als ein exaktes, stabiles Verhältnis der Währungen untereinander praktisch niemals hergestellt werden kann. Der objektive relative Wert von Währungen steht im selben Verhältnis zum wirtschaftlich begründeten Wechselkurs wie der Warenwert zum Warenpreis. Obwohl der Wechselkurs die Basis darstellt, gilt er gleichzeitig als wertender Ausdruck für die Tatsache, daß die Bedingungen für die Reproduktion in einer sozialistischen Wirtschaft innerhalb der Gesamtstruktur der Weltwirtschaft einmalig sind. Diese Einmaligkeit beruht auf den Unterschieden von Produktivität und Einkommensverhältnissen einer wirtschaftlichen Gesamtheit zu anderen Bereichen, sei es nun regional betrachtet oder mit Blick auf die Weltwirtschaft insgesamt.

Solche Unterschiede werden in der realen Kaufkraft der einzelnen nationalen Währungen deutlich. Folglich entspricht die relative Kaufkraft dieser Währungen nicht dem realistischen Wechselkurs, sondern dem objektiven relativen Wert dieser Währungen, der ja bekanntlich immer vom Wechselkurs abweicht<sup>18)</sup>.

Es sei hier betont, daß selbst der sogenannte „realistische Wechselkurs“ keine besondere Bedeutung für das Rechnungswesen oder die „Optimierung von Wirtschaftsplänen“ hat, solange die wirtschaftliche Kontrolle zentralisiert ist und der Außenhandel auf makroökonomischer Ebene durch das „Ausbalancieren der Preise“ (wie die Wirtschaftsliteratur in den sozialistischen Staaten das nennt) abgewickelt wird. Angesichts dieser Sachlage dient der Wechselkurs nicht als Parameter für die Wirtschaftspolitik.

In einer dezentralisierten Planwirtschaft allerdings, wie es sie seit 1968 in Ungarn und seit 1981/82 in Polen gibt, wo mehrere größere Unternehmen die Befugnis erhalten haben, sich am Außenhandel zu beteiligen und wo die Außenhandelsverrechnung in die Produktionskalkulation integriert ist, muß der Wechselkurs realistisch sein (und dem Marktkurs entsprechen).

Bereits Mitte der sechziger Jahre haben einige osteuropäische Länder (nämlich Polen, die CSSR

und Ungarn) sogenannte Umrechnungsfaktoren eingeführt, die den Wirtschaftsplanern ein realistisches Bild der Kaufkraft ihrer nationalen Währungen auf den Weltmärkten vermitteln sollen. Diese Faktoren wurden auf der Basis von Ausgaben für Devisenkäufe (in nationaler Währung) im Intra-RGW-Handel oder im Handel mit der Dritten Welt berechnet. Man fand heraus, daß das Verhältnis von nationaler Währung zum „Transferrubel“ und zum US-Dollar, wenn dieses in Kaufkraftparität gemessen wurde, sehr verschieden von den offiziellen festgesetzten Wechselkursen war: 1 Transferrubel = 1,11 US-Dollar im Jahr 1971; 1,2 US-Dollar 1972; 1,39 US-Dollar 1975 und 1,41 US-Dollar 1980.

Ungarn erkannte diese Disparität als erstes RGW-Mitglied offiziell an, indem es am 1. Januar 1976 den offiziellen Wechselkurs bei 41 Forint zu einem US-Dollar und 35 Forint zu einem „Transferrubel“ festsetzte. 1982 folgte dann Polen und legte den offiziellen Wechselkurs — seitdem immer gleich mit dem sogenannten „Touristen-Wechselkurs“ — bei 124 Zloty pro US-Dollar und 69 Zloty zu einem „Transferrubel“ fest.

Heute werden die Währungen der einzelnen sozialistischen Länder nur in Fällen des nicht-kommerziellen Zahlungsverkehrs zwischen den RGW-Staaten und im Tourismusgeschäft mit dem Westen zu einem mehr oder weniger realistischen Wechselkurs ge- und verkauft. Die Wechselkurse für nicht-kommerzielle Zahlungen wurden auf der Prager Konferenz im Februar 1963 auf der Basis eines vereinbarten Waren- und Dienstleistungskorbs festgelegt.

Die in der Tabelle aufgeführten „realistischen Wechselkurse“ vom Juni 1978 kann man kaum als realistisch für das Verhältnis der einzelnen Währungen zum US-Dollar sowie zum sowjetischen Rubel (oder „Transferrubel“) bezeichnen. Das gilt nicht nur für den völlig unrealistischen offiziellen Kurs des polnischen Zloty zum US-Dollar (bis 1982 3,33 Zloty zu einem US-Dollar und später 4,44 Zloty zu einem US-Dollar), sondern auch für die Wechselkurse der Währungen anderer sozialistischer Staaten zu konvertiblen und auch nicht-konvertiblen Währungen.

Da es keinen freien Geldverkehr im Nicht-Handelsverkehr (z. B. im Tourismus) zwischen den einzelnen RGW-Ländern gibt, darf z. B. jeder polnische Bürger nur einen strikt begrenzten Zlotybetrag in andere RGW-Währungen eintauschen (1983 waren es 20 000 Zloty in einem Zeitraum von zwei Jahren; 1985 bereits 30 000 Zloty in zwei Jahren). Ähnliche Höchstgrenzen sind für rumänische, tschechische, bulgarische, ungarische, sowjetische und ostdeutsche „Touristen“,

<sup>18)</sup> Ebd., S. 253.

Tabelle 2: Die Wechselkurse vom 1. Juni 1978

Land	Währung	Offizieller Kurs zum US-Dollar	Touristenkurs zum US-Dollar	Kurs für Nicht-Handelszahlungen zum Rubel	Kurs für Nicht-Handelszahlungen zum Transferrubel
Bulgarien	Lev	0,91	1,36	0,88	2,02
DDR	Mark	2,10	2,10	3,20	7,36
Polen	Zloty	3,33	33,30	19,70	45,31
Rumänien	Lei	4,47	12,00	8,30	19,09
CSSR	Krone	5,40	9,45	10,00	23,00
Ungarn	Forint	37,83	18,91	14,75	22,92
UdSSR	Rubel	0,69	0,69	—	2,30

Quelle: A. Zwass, Money, banking and credit in the Soviet Union and Eastern Europe, New York 1979, S. 182.

die ihre Währung gegen die eines bestimmten sozialistischen Landes einzutauschen wünschen, vereinbart worden<sup>19)</sup>. Es stimmt also nicht, daß „die Nachfrage nach fremder Währung in den Intra-RGW-Beziehungen mehr oder weniger befriedigt wäre und ein Schwarzmarkt für Ost-Devisen nicht existieren würde“<sup>20)</sup>. Dies stimmt deshalb nicht, weil — wie bereits erwähnt — der Wechselkurs der einzelnen osteuropäischen Währungen zueinander (besonders im Fall des ungarischen Forint) völlig willkürlich festgelegt wird und daher fast zwangsläufig zu einem blühenden Devisen-Schwarzmarkt und Schmuggel unter den osteuropäischen Touristen führt.

Obwohl der polnische Zloty in den letzten Jahren wiederholt gegenüber dem Forint abgewertet worden ist (von 1,6 Zloty zu einem Forint im Jahre 1978 auf ungefähr 6 Zloty zu einem Forint im Jahr 1985), entspricht der heutige offizielle Kurs für nicht-kommerzielle Zahlungen (z. B. Tourismus) nicht der realen Kaufkraft des Forint. Paradoxaerweise sind in den vergangenen Jahren die tschechische Krone zweimal (von 1,6 auf 2,22 Forint pro Krone) sowie die Ostmark (von 5,85 auf 6,1 Forint) gegenüber dem Forint aufgewertet worden. Trotzdem bieten die tschechoslowakischen Touristen, die Ungarn besuchen, die Krone zu einem sehr viel niedrigeren Schwarzmarktkurs von 1 Krone zu 1 Forint an und die Ostdeutschen verkaufen ihre Mark im Verhältnis 1 : 4.

Anzumerken ist noch, daß die Wechselkurse für den Tourismus in Osteuropa 1963 auf den Berechnungen der Lebenshaltungskosten einer vier-

köpfigen Diplomatenfamilie basierend festgelegt wurden und auch heute noch gültig sind — mit einigen Anpassungen allerdings, die immer dann vorgenommen wurden, wenn die Lebenshaltungskosten um mehr als 5% innerhalb eines Landes stiegen. Wie einige Kritiker dieser Berechnungsmethode zu Recht bemerken, sieht der „Einkaufskorb“ eines Diplomaten jedoch völlig anders aus als der eines „normalen“ Touristen.

Es muß hier auch erwähnt werden, daß sich innerhalb des RGW nie ein „echter Tourismus“ mit dem Ziel, andere Länder und Völker kennenzulernen, entwickelt hat. In Wirklichkeit ist der sogenannte „Touristenverkehr“ innerhalb Osteuropas für die Masse der Touristen nichts anderes als eine Einkaufsreise — die Leute wollen einfach Waren im Ausland kaufen, die es zu Hause nicht gibt oder die dort sehr viel teurer sind.

Diese Motivation trifft für die meisten osteuropäischen Touristen, mit Ausnahme der Ungarn, zu und beruht auf dem chronischen Mangel an Waren innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer<sup>21)</sup>.

Auch das Ansteigen der Schwarzmarktkurse innerhalb Osteuropas ist hierauf zurückzuführen. Da die Menge an Geld, die den polnischen, tschechoslowakischen, ostdeutschen und rumänischen Touristen in Ungarn (für Polen auch in der DDR und CSSR) zur Verfügung steht, „nicht ausreicht“, um die Waren zu kaufen, die knapp, teuer und nur in den „Inter-Shops“ (gegen „harte Währung“) oder in den Privatladen (zu freien Marktpreisen) zu haben sind, steigen die

<sup>19)</sup> Mit Ausnahme der ungarischen Touristen, die in die CSSR, Polen und die DDR reisen, sowie der ostdeutschen Touristen, die Polen besuchen.

<sup>20)</sup> Vgl. A. Zwass (Anm. 3), S. 183.

<sup>21)</sup> Für detailliertere Informationen siehe J. Winiecki, Permanent problems of disequilibria and shortage in centrally-planned economies, in: Skandinaviska Enskilda Banken Quarterly Review, (1984) 3, S. 95—102.

Schwarzmarktpreise in Osteuropa. Die Wurzeln dieses Übels sind wiederum im Bereich der Produktion und der Preisregelung zu suchen. Die Mehrheit der RGW-Länder hält die Preise für die meisten Konsumgüter auf einem relativ niedrigen Niveau, so daß kein Anreiz zur Produktions- und Produktivitätssteigerung entsteht. Nur Ungarn, gefolgt in den letzten drei Jahren von Polen (jedoch ohne die gleichen Resultate wie in Ungarn), hat seine Preise um mehr als 40% zwischen 1980 und 1984 angehoben. Deshalb wurde Ungarn zum teuersten RGW-Land, aber auch zugleich zum beliebtesten Reiseziel osteuropäischer Touristen, denn dort gibt es eine reichliche Versorgung mit Waren.

Tabelle 3: Vergleich von offiziellem und Schwarzmarktwechsellkurs in Polen (Juli 1985)

Ausgewählte ausländische Währungen	Offizieller Touristen-Wechselkurs einer Einheit der Fremdwährung in Zloty <sup>1)</sup>	Schwarzmarktkurs in Zloty <sup>2)</sup>
Westliche Währungen (am begehrtesten in Polen):		
1 US-Dollar	146	610—630
1 DM	48	200—220
Osteuropäische Währungen:		
1 Forint	6	10—15
1 DDR-Mark	31,5	60—100
1 Krone (CSSR)	10,1	20—22

1) Gemäß dem offiziellen Wechselkurs der polnischen Nationalbank.

2) Nach dem wöchentlich erscheinenden polnischen Konsumentenmagazin „Veto“. Dieses veröffentlicht regelmäßig die Schwarzmarktpreise für Gold und Dollar. Der Besitz von „harten Währungen“ ist — im Unterschied zu anderen RGW-Ländern — in Polen nicht gesetzlich verboten. Jeder polnische Staatsbürger kann seine Ersparnisse in „harten Währungen“ auf einem speziellen Bankkonto hinterlegen, nur der Kauf und Verkauf von Devisen ist verboten.

Im Hinblick auf die „harten Währungen“ ist die Lage ähnlich, die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage noch viel größer und offensichtlicher. Aus diesem Grund sind die Unterschiede zwischen offiziellem und Schwarzmarktkurs hier (siehe Abb. 3) weitaus größer. Es muß jedoch betont werden, daß beide Wechselkurse nicht realistisch sind und in keinem Fall die echte Kaufkraft widerspiegeln, sondern lediglich das Resultat einer bestimmten Angebots- und Nachfragesituation darstellen<sup>22)</sup>.

tat einer bestimmten Angebots- und Nachfragesituation darstellen<sup>22)</sup>.

Diese Faktoren scheinen zugleich einen gewissen Einfluß auf einen recht gut florierenden Schwarzmarkt — oder besser: „Graumarkt“, wie er in westlichen Publikationen genannt wird — auszuüben. Auf diesem „Graumarkt“ werden Ost-Währungen von westlichen Banken angekauft und verkauft — natürlich zu Kursen, die weit unter dem offiziellen von den RGW-Staaten festgesetzten Touristenkursen liegen. In der ersten Augushälfte dieses Jahres hat die deutsche Verkehrs-Kredit-Bank in West-Berlin Ost-Devisen zu folgenden Kursen gehandelt:

Tabelle 4: Westliche Kurse östlicher Währungen (August 1985)

	Ankaufskurs in DM	Verkaufskurs in DM
100 Zlotys	0,20	0,65
100 Lei	3,50	5,25
1 Leva	0,62	0,77
1 Rubel	0,51	0,63
100 Kronen	7,00	8,75
100 Forint	4,00	5,50
100 DDR-Mark	19,00	22,00

Die oben aufgeführten Zahlen vermitteln einen interessanten Einblick in das Verhältnis des „westlichen Graumarktkurses“ zu den offiziellen Touristenkursen. In Polen muß der West-Tourist der Bank 2,20 DM bezahlen um 200 Zloty zu erhalten, auf dem westlichen „Graumarkt“ zahlt man dagegen nur 1,30 DM für 200 Zloty und auf dem polnischen Schwarzmarkt kann man schon für 1,— DM 200 Zloty erstehen. Das zuletztgenannte Tauschgeschäft ist jedoch illegal und sowohl für den West-Touristen als auch für den polnischen Staatsbürger mit Risiken verbunden. In diesem Fall beträgt das Verhältnis zwischen dem „grauen“ Marktkurs (West-Berlin 1985) und dem offiziellen Kurs mehr als 4:1, für Forint ist es dagegen nur 1,3:1 — die Disparität ist hier deshalb kleiner, weil in Ungarn die Nachfrage nach Konsumgütern besser befriedigt wird als in den anderen RGW-Staaten.

22) Zur zusätzlichen Erläuterung der in Tabelle 3 aufgeführten Daten sollte erwähnt werden, daß z. B. das durchschnittliche Monatsgehalt eines Industriearbeiters in Polen im Juli 1985 ca. 23 000 Zloty betrug; die Preise für ausgesuchte Lebensmittel und Dienstleistungen waren wie folgt: 1 kg Brot 30—40 Zloty; 1 Liter Milch 12—18 Zloty; 1 kg Fleisch 450—600 Zloty, 1 kg Kartoffeln 15—20 Zloty, 1 Busticket (innerhalb der Stadt) 3—9 Zloty.

## IV. Einige Schlußfolgerungen

Wie bereits festgestellt, ist es sehr schwierig, die Grundlagen und Funktionsweisen des Währungssystems der RGW-Länder lediglich aus einem wirtschaftlichen Verständnis heraus zu erklären. Tatsächlich können die nicht-konvertiblen Währungen dieser Länder weder zu Handelstransaktionen eingesetzt werden noch als Grundlage für die Entwicklung wirklicher Kreditbeziehungen dienen.

Einige Hoffnungen waren mit dem letzten Wirtschaftsgipfel der RGW-Staaten im Juni 1984 verbunden, von dem man erhoffte, die oben skizzierte Situation könnte dadurch geändert werden, daß die Mitgliedstaaten des RGW ihre Währungen frei konvertierbar machten, zunächst den „Transferrubel“, in naher Zukunft dann die einzelnen nationalen Währungen. Statt dessen tauchte im Schlußdokument am Ende des Wirtschaftsgipfels<sup>23)</sup> lediglich eine nebulöse Erklärung auf, die dazu aufforderte, das bereits Bestehende im Währungs- und Preissystem der RGW-Länder zu verbessern: „Das geltende System der Preisbildung sowie die Valuta- und Finanzinstrumente sollen auch weiterhin vervollkommen werden“ — was auch immer darunter zu verstehen ist. Ob die als Basis für die langfristigen Handelsverträge und für die jährlichen Protokolle geltenden gleitenden Fünfjahresdurchschnitts-Weltmarktpreise weiterhin angewendet werden oder ob es diesbezüglich zu Modifikationen gekommen ist, kann aus der „Erklärung“ nicht ersehen werden<sup>24)</sup>.

Die Frage muß somit offen bleiben, ob die RGW-Länder in der näheren Zukunft sich zu weitreichenden und grundlegenden Reformen ihrer Wirtschaft entscheiden werden und eine konvertible Währung schaffen oder — wie einige Wirtschaftswissenschaftler vermuten — erst die Konvertibilität ihrer nationalen Währungen und dann auf dieser Basis eine gemeinsame internationale Währung innerhalb der RGW-Staaten schaffen. Man sollte sich aber davor hüten, die

Konvertibilität der einzelnen Währungen als Lösung oder Allheilmittel für alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Länder zu sehen. Auch kann die Konvertierbarkeit einer Währung nicht einfach per Dekret erlassen werden.

Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich, daß die Einführung der Konvertierbarkeit der osteuropäischen Währungen angesichts des existierenden Planwirtschaftssystems schlicht unmöglich ist. Durch die Einführung der Konvertierbarkeit würden die RGW-Länder zum einen nicht alle Probleme lösen können, die mit ihrer großen Auslandsverschuldung verbunden sind, dafür aber das zentrale Planungssystem funktionsunfähig machen. Wenn andererseits z. B. Ausländer ihre Währungen frei in russische Rubel oder polnische Zloty tauschen dürften, könnten sie versuchen, alle die Güter, die in diesen Ländern relativ billig sind, ungehindert zu kaufen. Eine solch ungezügelter Kaufkraft würde die zentralen Wirtschaftspläne, die Produktion und Verteilung in den RGW-Ländern bis in Detail regeln, durcheinanderbringen und undurchführbar machen. Weil in Osteuropa das Preisniveau nicht durch Angebot und Nachfrage geregelt wird, könnten Ausländer subventionierte Waren, die künstlich billig gehalten werden, kaufen, während der Einheimische im Ausland nur die Güter kaufen könnte, die im Inland absichtlich teuer gehalten werden.

Zweifellos würden solche Kaufgeschäfte das Plansystem zerstören und Handelsnachteile für die RGW-Länder nach sich ziehen. Selbst wenn die RGW-Währungen — durch irgendein Wunder — ungehindert gegen andere Währungen getauscht werden könnten, würde dies wohl nicht hilfreich für den Handel innerhalb des RGW und auch nicht für den Handel mit dem Westen und der Dritten Welt sein, da es so etwas wie eine „Nicht-Konvertierbarkeit von Gütern und Waren“ gibt. Mit anderen Worten: Der einzige Weg zu einem „normalen Währungssystem“, das auf vollkonvertierbaren Währungen basiert, führt über ein marktwirtschaftliches System innerhalb des „sozialistischen Kontextes“, das helfen würde, die oben erwähnte „Nicht-Konvertierbarkeit von Gütern und Waren“ sowie die anhaltenden Probleme des Ungleichgewichts und der Knappheit zu lösen.

<sup>23)</sup> Siehe die Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe: „Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit“ und „Erklärung über die Hauptrichtung der weiteren Entwicklung und Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW“, in: Neues Deutschland vom 16./17. Juni 1984.

<sup>24)</sup> Vgl. F. Levčik, Was brachte der RGW-Gipfel vom Juni 1984?, in: osteuropa wirtschaft, (1984) 4, S. 327, mit H. Machowski, RGW-Gipfeltreffen: Interessenausgleich, in: DIW-Wochenbericht, (1984) 29.

<sup>25)</sup> Siehe z. B. I. Vincze, Das internationale Währungssystem des RGW, Warschau 1983 (in polnisch), S. 312—328.

## **Doris Cornelsen: Die Wirtschaft der DDR 1981—1985. Bilanz des Fünfjahrplans**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/86, S. 3—15

Zu Beginn der achtziger Jahre hatten die Probleme des Außenhandels in der DDR-Wirtschaft einen absoluten Vorrang. Das Defizit im Westhandel mußte in einen Überschuß verwandelt werden, um die hohe Westverschuldung abzubauen. Das bedeutete Knappheit an Ressourcen und Waren im Inland. Die „Ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“ forderte deshalb ein qualitativ anderes Wachstumsmuster, nämlich Wachstum durch rationelleren Einsatz aller Produktionsfaktoren („Intensivierung“).

Zur Durchsetzung der neuen Strategie wurde das System der Leitung und Planung schrittweise umgestaltet. Die wichtigsten Veränderungen waren die Bildung der Kombinate, die Veränderung in der direkten Steuerung (Plankennziffern, Normen und Normative, Bilanzierung), die Veränderung der indirekten Steuerung (vorsichtige Aufwertung der Rolle des Gewinns) und die Erweiterung der Kontrolle.

Der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 war der zahlenmäßige Ausdruck der neuen Strategie. Seine wichtigsten Ziele waren die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums bei Senkung des spezifischen Material- und Energieverbrauchs und eine Konsolidierung im Außenhandel, die in erster Linie zu Lasten der Investitionstätigkeit gehen sollte. Die tatsächliche Entwicklung wurde durch die restriktive Haltung der westlichen Banken bei der Kreditvergabe und durch die Reduzierung der Erdöllieferungen aus der Sowjetunion zusätzlich erschwert. So ist das Wachstum unter den Planzielen geblieben, war aber mit rund 4 v. H. auch international beachtlich. Die wichtigsten Aufgaben — Senkung des spezifischen Verbrauchs, Reduzierung der Westverschuldung — sind jedoch erreicht worden. Allerdings hatte der Verbraucher — entgegen den ursprünglichen Planansätzen — einen großen Teil der Konsolidierungslasten zu tragen. Für den kommenden Fünfjahrplan ist eine Fortsetzung der „Intensivierungsstrategie“ wahrscheinlich.

## **Raymond Bentley: Technologischer Wandel in der Industrie der DDR 1945—1985**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/86, S. 16—27

Bei technologischem Wandel handelt es sich um die Entwicklung neuer Erzeugnisse und Verfahren, die Verbesserung existierender Technologien und die allgemeine Verbreitung moderner Technologien in der Volkswirtschaft. Obwohl die DDR technologisch einen führenden Platz in Osteuropa und ein achtbares Niveau in der Welt innehat, bleibt sie hinter der Bundesrepublik zurück. Am größten scheint die deutsch-deutsche technologische Lücke in den progressiven Technologien zu sein. Gründe dafür waren die schwächeren Forschungs- und Entwicklungsbemühungen der DDR verglichen mit denen der Bundesrepublik und die für den technologischen Wandel in der DDR nicht geeignete Beschaffenheit des bis 1962 bestehenden traditionellen Zentralplanungssystems. Diese Hindernisse wurden im Neuen Ökonomischen System (NÖS) von 1963 bis 1971 etwas abgebaut, aber nicht überwunden. In den Jahren 1968 bis 1971 wurde in der DDR ein großangelegter Versuch unternommen, das „Weltniveau“ der Technologie zu überholen. Diese offensive Strategie war zu ehrgeizig; sie spielte eine wichtige Rolle beim Abbruch des NÖS und enthielt unrealistische Ideen über industrielle Innovation, Prognostik und die Effektivität der Großforschung und Großproduktion.

Unter Honecker war die Technologiepolitik zwischen 1971 und 1985 besonnener. Die Rezentralisierung der Wirtschaft 1971 und die Einschränkung indirekter ökonomischer Steuerung brachten allerdings eine weitgehende Rückkehr zu den traditionellen Hindernissen mit sich, die den technologischen Wandel hemmten, obwohl in den folgenden Jahren auch Maßnahmen ergriffen wurden, um ihn zu beschleunigen. Die wichtigsten Änderungen betrafen die Kombinate und ihre Leistungsbemessung, die Grundlagenforschung und eine stärkere Förderung progressiver Technologien wie Mikroelektronik, Robotertechnik und EDV. Dennoch reichen die bereits getroffenen und die voraussichtlich zukünftigen Maßnahmen in Richtung organisatorischer und planbezogener Verbesserungen und eines vorsichtigen Gebrauchs von „ökonomischen Hebeln“ nicht aus, um die technologische Lücke zwischen den beiden deutschen Staaten zu verringern oder gar zu schließen.

## **Adam Gwiazda: Das Währungssystem der RGW-Länder**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/86, S. 28—37

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den Ländern des RGW ein Währungssystem nach dem Vorbild der Sowjetunion eingeführt, das die nationalen Währungen zwangsläufig auf ihre reine Binnenfunktion reduzierte. Erklärtes Ziel der Mehrzahl der osteuropäischen Regierungen war es, die eigene Währung von den Einflüssen des Weltmarktes abzuschirmen. Die Währungen der RGW-Länder sind daher nicht konvertierbar, das heißt, sie können nicht gegen Dollar, DM oder andere konvertierbare Währungen eingetauscht werden. Selbst innerhalb des östlichen Wirtschaftsverbundes ist ihre Gültigkeit begrenzt, sind sie ebenfalls nicht konvertibel und somit jeweils reine Binnenwährungen.

Dieses noch heute gültige Gefüge von monetären Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander ist die Konsequenz eines überzentralisierten Systems von Planung und Management, das u. a. zu der willkürlichen Festsetzung von Wechselkursen für Handel und Tourismus, unabhängig von Markteinflüssen, geführt hat. Sowohl gegenüber den harten Fremdwährungen als auch gegenüber den anderen osteuropäischen Währungen gibt es keinen „ökonomisch begründeten“ Wechselkurs. Einige osteuropäische Währungen wurden daher von Anfang an im Verhältnis zu den anderen RGW-Währungen über-, andere unterbewertet. Noch heute ist dies eine Quelle permanenter Kontroversen zwischen mit währungspolitischen Angelegenheiten betrauten Regierungsbeamten der einzelnen sozialistischen Länder. Zugleich liegt hier die Hauptursache für das Entstehen eines sogenannten Schwarzmarkt-Wechselkurses innerhalb der RGW-Staaten.

Bis heute haben sich die östlichen Planwirtschaften nicht in der Lage gezeigt, ihren Währungen die üblichen Marktfunktionen des Geldes einzuräumen bzw. eine Währung zu schaffen, deren Funktion besser auf ihre eigenen Wirtschaftsstrukturen zugeschnitten ist. Die von vielen Wissenschaftlern geforderten „grundlegenden Reformen“ der sozialistischen Volkswirtschaft werden sich indessen nicht ohne die gleichzeitige Einführung einer sich am internationalen Kapitalmarkt orientierten Währung und realistischer Marktpreise erfolgreich durchführen lassen.